Nr. 283. Halle a. S., Freitag den 2. Dezember 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Gründe und Gegengründe zur Militärvorlage.

Aus den Zeiten, da man den revolutionären Kult der Göttin Vernunft noch nicht ganz beseitigt hatte und das „sic volo, sic jubeo" (So will ich, so befehle ich) noch nicht das Leitmotiv der deutschen Politik gewesen war, hat sich der üble Gebrauch erhalten, daß jeglich Ding doch durchaus seine vernünftige Begründung haben will. Auch die Gesetzentwürfe, die dem Reichstag vorgelegt werden, müssen darum ihre „Begründung" haben, und so hat die neue Militärvorlage auch eine „Begründung" auf den Weg mit bekommen.

Diese Begründung beginnt mit der scharfsinnigen Bemerkung, daß zum 1. April 1905 eine neue gesetzliche Regelung der Friedenspräsenzstärke notwendig sei, und verwickelt sich sofort nach Feststellung dieser Tatsache in den folgenden Tiefsinn:

Das Deutsche Reich wird auch in Zukunft seine seit mehr als 30 Jahren bewährte **friedliche** Politik fortsetzen. **Hierzu** bedarf es nach wie vor eines **starken, schlagfertigen und kriegstüchtigen Heeres.**

Dieses Dogma des bewaffneten Friedens braucht in diesem Falle nur ausgesprochen werden, um sich selbst zu widerlegen. Denn was sich aus ihm — wofern es überhaupt richtig wäre — beweisen ließe, das wäre höchstens die Erhaltung der vorhandenen Kriegsrüstung, nicht aber ihre Erschwerung, die durchaus unbegründet und widersinnig ist. Eine Vermehrung der Verteidigungsmittel ließe sich nur dann logischerweise rechtfertigen, wenn sich der Nachweis erbringen ließe, daß die militärischen Kräfte jener Staaten, von denen etwa feindselige Handlungen zu erwarten wären, größer geworden sind. Wir stehen aber heute gerade vor der umgekehrten Erscheinung.

Von Oestreich und Italien hat Deutschland aus tausendundeinem Grunde einen Angriff nicht zu erwarten; an eine solche Möglichkeit hat auch nie ein Mensch gedacht. Als Gegner Deutschlands galten vielmehr nur Rußland und Frankreich. Wenn in diesen beiden Staaten die militärischen Kräfte und die feindliche Gesinnung gegenüber Deutschland gewachsen ist, dann allein kann aus bürgerlicher Logik eine Vermehrung auch der deutschen Streitkräfte begründet werden. Tatsächlich hat man ja bei früheren Militärvorlagen das deutsche Volk durch die Möglichkeit eines gleichzeitigen feindlichen Angriffs von zwei Seiten ins Bockshorn zu jagen versucht. Jetzt ist Rußland durch äußere und innere Verwicklungen und durch die Enthüllung seiner Ohnmacht auf absehbare Zeit von der Liste der kontinentalen Kriegsmächte gestrichen; die Gefahr hat sich also mindestens um die Hälfte verringert, aber — wir brauchen zehntausend Soldaten mehr! Wer in einer solchen „Begründung" für einen Dreier Verstand entdeckt, darf sich wahrhaftig um Geld sehen lassen!

Des weiteren gibt die „Begründung" zu, daß es sich „nicht darum handeln kann, allen möglichen Gegnern an Zahl überlegen oder auch nur gewachsen zu sein". Ein höchst kostbares Geständnis. Denn in ihm ist ausgesprochen, daß eine falsche Politik das Reich so sehr in die Klemme bringen kann, daß die größten Opfer an Gut und Blut eine Niederlage nicht aufzuhalten vermögen, daß aber umgekehrt eine kluge Politik im stande ist und im stande sein muß, ganze Regimenter und Armeekorps zu ersetzen. Der lächerliche Zahlenwahnsinn, der die Macht und den Einfluß eines Staates einfach nach der Zahl seiner Kanonen und Gewehre mißt, hat ja eben erst durch die Weltgeschichte seine drastische Widerlegung gefunden. Denn der Staat, der die meisten Soldaten hat, ist — — Rußland! Der Staat aber, der von allen (etwa von Monaco abgesehen) die wenigsten Soldaten hat, ist — die nordamerikanische Union. Diese ist fast ohne Soldaten zu gewaltiger Machtfülle emporgestiegen, jener ist mitsamt seinen unendlichen Heeren dem Spott und der Verachtung der ganzen Welt preisgegeben!

Die „Begründung" fährt fort:

Wohl aber kann und muß gefordert werden, daß das Deutsche Reich in der Heranziehung seiner Volkskraft zum persönlichen Dienste in der Landesverteidigung **mit den Nachbarländern gleichen Schritt hält.** Das ist bis jetzt nicht der Fall.

Also haben wohl die Nachbarländer, d. h. in diesem Falle Frankreich, seine Volkskraft zur Landesverteidigung stärker herangezogen? Das ist **nicht** der Fall, und kann es gar nicht sein, weil Frankreich seine Rüstungen längst schon über die Grenze des Möglichen hinaus gesteigert hat. Zwar meint die Begründung des weiteren, daß Frankreich mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die ja auch dort beworben, seine Heeresstärke steigern werde. Ja, vielleicht wird Frankreich wirklich noch neue letzte Anstrengungen versuchen, wenn es durch neue deutsche Rüstungen dazu herausgefordert wird. Wenn aber Frankreich das wirklich versucht, dann werden unsere Militärpolitiker kommen und mit dem Hinweis auf die bedrohlichen französischen Rüstungen neue Opfer vom deutschen Volke fordern. Das ist ja das System der **Schraube ohne Ende!**

Die „Begründung" sagt weiter:

Bei dem stetigen Anwachsen seiner Bevölkerung kann Deutschland **in Rücksicht auf die Finanzkraft des Landes** den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in voller Reinheit niemals durchführen, sondern muß sich eine durch die Verhältnisse gegebene Beschränkung auferlegen, die seine Wehrkraft nachteilig beeinflußt.

Damit kündigt das gegenwärtige System der allgemeinen Wehrpflicht seinen Bankerott an. Es kann in voller Reinheit nicht durchgeführt werden, ohne die Finanzkraft des Landes völlig zu zerrütten. Es gibt also nur zwei Wege: Entweder den zur allgemeinen Volksbewaffnung mit demokratischer Organisation, Uebung körperlicher Kräfte mit Rücksicht auf militärische Zwecke schon in der Jugend, Einführung kurzer Uebungszeiten für die Erwachsenen; oder aber den zur sorgfältigsten Prüfung, wie weit der bestehende Militarismus möglich ist, ohne die wirtschaftliche Kraft des Landes zu untergraben. Den ersten Weg wollen unsere herrschenden Klassen nicht gehen, der zweite muß in Anbetracht der wahrhaft entsetzlichen Lage der Reichsfinanzen unbedingt zur **Ablehnung jeder neuen Militärvorlage** führen. Ein Drittes gibt es nicht, wäre vollständiger Widersinn.

Nun aber spielt die „Begründung" ihren Haupttrumpf aus. Sie erklärt:

Frankreich stellte, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf Deutschland, schon bisher fast jeden wehrfähigen Mann ein, so daß es trotz seiner um fast 20 Millionen geringeren Volkszahl in der Gesamtzahl der Streitbaren Deutschland überflügelt.

Wenn das nicht einschlägt! Aber seit wann besteht diese „Ueberflügelung"? Etwa seit gestern? O nein! Sie besteht schon den größeren Teil jenes Zeitraumes, der uns vom letzten Kriege trennt. Also hat sich das Deutsche Reich diese ganze Zeit hindurch in einer ungeheuren Gefahr befunden, und erst dem gegenwärtigen Kriegsminister war es gegeben, es aus dieser Gefahr zu befreien! Herr v. Einem ist der Retter des Vaterlandes!

Die militärische Logik schlägt hier ins Burleske über. Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Es ist wahr, Frankreich hat seit dem letzten Kriege beinahe seinen letzten Mann auf den Beinen gehalten. War es darum Deutschland überlegen? Nein und hundertmal nein! Denn ein Staat, der in ewigen Friedensrüstungen seine Finanzkraft ruiniert, wird dadurch wahrhaftig nicht kriegstüchtiger.

Vor uns liegt ein sehr interessantes Aktenstück aus der französischen Kammer, ein Antrag des Deputierten Messimy, der auf militärische Sparsamkeitsreformen abzielt. Dieser Antrag sagt in seiner Begründung:

Für unsere Lage weiß ich kein anderes Bild als das eines Kranken, den die krankhafte Erweiterung seines Herzens vor die unmittelbare Gefahr einer Katastrophe stellt. Wir leiden daran, daß wichtige Organe des nationalen Lebens, die militärischen Institutionen, übermäßig erweitert sind, an einer krankhaften und lebensgefährlichen Entartung, die die regelmäßige und notwendige Entwicklung der Nation in Frage stellt.

Wir sind in unserer Geschichte an einem entscheidenden Punkte angelangt. Wenn Frankreich seine unfruchtbaren Opfer nicht in gerechte Grenzen einzuschränken im stande ist, wird sein Reichtum und Wohlstand schnell dahinschwinden und in einer Zeit, die vielleicht gar nicht mehr lange währt, **wird es aufgehört haben, zu sein.**

Das ist das Vorbild, das uns aufgestellt wird! Das ist die Entwicklung, die auch Deutschland nach dem Wunsche seiner einsichtigen Patrioten durchmachen soll!

Und wer trägt an solchem Unglück, an solchen gemeinsamen Gefahren zweier großen Kulturvölker die Schuld? Die verderbliche Politik der herrschenden Klassen, vor allem die Politik, die Preußen-Deutschland seit mehr als einem Menschenalter getrieben hat. Diese Politik, die Friedensphrasen drischt

---

8 (Nachdruck verboten.)

Das Goldmacherdorf.

Eine anmutige und wahrhafte Geschichte für Schule und Haus.

Von Heinrich Zschokke.

Oswald hatte ein ernstsolles Gesicht und sprach: „Gehet mich nur an, Ihr Unglücklichen; nun erkennet Ihr, wer ich bin. Ich treibe keine schwarze Kunst; ich tolle es mit Gott. Ihr aber seid Langst von Gott abgefallen; Ihr habet gesoffen und geschwelget; Ihr habet betrogen und gelogen; Ihr habet gestohlen und verraten; Ihr habet gespielt und Weib und Kind vergessen; Ihr habet Teufeleien getrieben und Teufelswerk. Darum seid Ihr arm und verzweifelt geworden. Ehrlichkeit aber währet am längsten; Gottesfurcht macht reich. In Gottes Wegen ist Gottes Segen. Ich will nicht reich sein, aber ich bin nicht arm. Wollt Ihr's nun haben, wie ich, so machet es wie ich."

So sprach Oswald und zog einen großen Beutel hervor und leerte ihn auf den Tisch aus. Da fielen klingend eitel schöne Goldmünzen auf den Tisch, und rollten unter und verblendeten die Augen. Die Bauern hatten in ihrem Leben so viel Gold nicht beisammen erblickt. Ihre Herzen schlugen gewaltig.

Oswald aber tat den Mund auf und sprach: „Wahrlich, ich sage Euch, das hier macht mich nicht glücklich, aber die Weisheit macht glücklich, mit der man dies Gold erwirbt und benutzt. Ihr seid zu mir gekommen, ich sollte Euch die Kunst lehren, Gold zu machen. Ich will Euch diese Kunst lehren. Sie ist die beste Weisheit des Lebens, und mehr als das Gold selbst wert. Haget Ihr die Weisheit, so werdet Ihr das Gold haben und es nicht mehr hochachten. Aber Ihr kommet nicht zu dem Glücke, ohne vorher geprüft worden zu sein. Und die Zeit der Prüfung währet sieben Jahre und sieben Wochen. Wer ausharrt bis ans Ende, wird Freuden über Freuden ernten. Wahrlich, ich sage Euch, wenn diese Zeit erfüllt ist, wird jeder von Euch mehr Gold auf seinen Tisch werfen, als Eure Augen hier sehen. — Die Prüfung aber ist dem Gottlosen schwer und dem Sünder hart. Denn er muß sein ganzes Herz umkehren und ein neuer Mensch werden."

Die zweiunddreißig Hausväter hörten in banger Stille die Worte Oswalds. Sie betrachteten ihn alle mit starren Augen. „Wer von Euch", sprach Oswald, „die sieben Jahre und sieben Wochen der Prüfung bestehen will, kann bleiben. Wer sich fürchtet oder im Glauben wankt, gehe fort von hier."

Keiner ging.

„Wohlan", rief Oswald, „so müsset Ihr mir vor dem allgegenwärtigen Gott sieben Gelübde geloben, und solche während sieben Jahren getreu halten.

Erstens: Ihr müsset sieben Jahre und sieben Wochen lang alle Wirtshäuser meiden, aber desto fleißiger zur Kirche gehen und Gottes Wort hören, und darnach tun.

Zweitens: Sieben Jahre und sieben Wochen lang keine Karten, keine Würfel berühren, und nichts, womit man um Geld spielt.

Drittens: Sieben Jahre und sieben Wochen darf kein Fluch, kein Schelmwort aus Eurem Munde gehen, auch keine Bosheit, Lästerung und unwahre Rede.

Viertens: Sieben Jahre und sieben Wochen muß Euer Tagewerk Gebet und Arbeit sein. Morgens und abends sollt Ihr feierlich mit Weib und Kindern auf die Knie fallen, zu Gott beten, Eure Sünden bereuen. Eure Arbeit soll Ihr mit Fleiß und Treue verrichten, keine Schulden mehr machen.

Fünftens: Wer binnen sieben Jahren und sieben Wochen sich mit Wein und Branntwein ein einziges Mal berauscht und vergeht, ist aus unserer Gemeinschaft verstoßen.

Sechstens: Auf dem Acker, welchen Ihr bauet, soll kein Unkraut wachsen, in Euren Wohnungen kein Unflat liegen. Eure Hütten und die Ställe des Viehes und alles Gerätes, was Ihr habet, soll von Reinlichkeit glänzen. Daran werde ich Euch erkennen.

Siebentens: Euer Leib soll sein ein Tempel Gottes, darum keusch, züchtig und ehrbar; auch von aller Unreinigkeit frei an Haut und Haar und Gewand. So auch bei Kindern. Das soll unser Zeichen sein.

Wer nun die sieben Gelübde geloben und halten will, der trete hervor und reiche mir die Hand zum Bunde. Dem Schwachen wollen wir helfen."

Als Oswald so gesprochen hatte, traten die zweiunddreißig einer nach dem andern hervor, jeder reichte dem Oswald die Hand über den Tisch voller Gold, und sprach: „Ich will!"

„So gehet denn heim in Frieden und wendet Euch noch vor Schlafenge en im Gebet zu Gott, daß er Euch Stärke verleihe, das Gelübde zu halten. Wahrlich, wahrlich, ich sage Euch, wenn die Zeit erfüllt ist, wird jeder mehr Gold auf seinen Tisch werfen, als Eure Augen hier sehen!" So sprach Oswald, und ermahnte die Leute, von allem, was sie diese Nacht gesehen und gehört hätten, keinem Menschenkinde etwas zu verraten, ja sogar selbst nie von dem zu reden, noch auf das zu deuten, was diese Nacht angehe.

Damit entfernten sich die zweiunddreißig in großer Stille. Unterwegs sprach keiner mit dem andern ein Wort. So voll waren sie von allem dem Wunderbaren, das sie vernommen hatten. Sie hatten ganz andere Dinge erwartet zu erleben, und gerade das Gegenteil erfahren. Mancher, wenn er an die Gelübde dachte, fühlte er zwar Bangigkeit, denn sie waren auch gar zu streng. Aber das Geheimnisvolle, und die sieben Jahre und sieben Wochen, und die Reden des Oswald, und der Tisch voll Goldes, und der prächtige Offizier mit dem Orden auf der Brust und die schwarze Mitternachtsstunde, das konnte keiner wieder vergessen, und es war wie ein seltsamer Traum.

14. Die Leute verwundern sich sehr.

„Was gibt's denn, Velten? Kaspar, was gibt's denn?" fragte der alte lahme Wächter, als er am anderen Tage durchs Dorf entlang ging: „Was gibt's denn? Kommt wieder ein Prinz oder Kaiser, oder gar ein Bürgermeister aus der Stadt? Was ist denn los, daß Ihr so aufputzet?" So fragte er, und man lachte.

Es fiel aber wirklich vielen Menschen auf, und war in vielen Häusern ein sonderbares Leben. Da wurden Fenster gewaschen, Fußböden gescheuert, Türen gesäubert, Tische, Schemel und Bänke gelegt. Sogar vor den Häusern wurde alles in Ordnung gebracht, Schutt und Unflat auf die Seite geschafft, und allem, was herumlag, ein besserer Ort gegeben. Die zweiunddreißig Hausväter wußten es wohl, sagten aber nichts. Denn sie dachten: in sieben Jahren haben wir alle Kisten und Kasten voll Gold.

Als Oswald die Geschäftigkeit der armen Leute sah, sprach er zu Elsbeth: „Ich weiß nicht, ob ich darüber traurig werden oder lachen soll. Denn siehe, was die Leute nicht aus eigenem Gefühl, nicht aus Liebe zu Weib und Kind, nicht aus Liebe zu Gott, nicht aus Not und Ueberzeugung früher getan haben, das tun sie jetzt aus abergläubischer Furcht und Hoffnung. Wie töricht sind doch die Menschenkinder! — Aber sie sollen durch den Aberglauben zur Erkenntnis der Wahrheit, und durch ihre Verderbtheit zur Rechtschaffenheit eingehen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 02-18/fragment/page=0001

und dabei doch vor den Augen der Welt unaufhörlich den Schleifstein dreht! Frankreich und Deutschland stehen heute beide am Rande der finanziellen Deroute. Statt die Gefahr abzuwehren und die Lasten des arbeitenden Volkes herabzumindern, tut nun die deutsche Regierung einen neuen Schritt auf der verhängnisvollen Bahn. Sie weiß selber nicht mehr, woher sie das Geld nehmen soll, und treibt daher Frankreich zu neuen Rüstungen an!

Diese Politik des Wahnsinns kann das deutsche arbeitende Volk unmöglich mitmachen, ohne ein Verbrechen an seinen Klassenkameraden jenseits der Grenze zu begehen. Weil wir uns selbst lieben und weil wir unsere Brüder in Frankreich lieben — mit denen wir immer, gegen die wir nie zu kämpfen gewillt sind — nieder mit dieser Militärvorlage!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 1. Dezember 1904.

Der Reichstag

beschäftigte sich in seiner Mittwoch-Sitzung einmal wieder mit der Rettung des Mittelstandes, wobei alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, sich mehr oder minder unlauteren Wettbewerb machten. Konservative, Zentrum und Nationalliberale warteten mit langatmigen Resolutionen auf — sie waren schon im Frühjahr zum Etat des Reichsamts des Innern gestellt worden, danach aber nicht zur Verhandlung gelangt; bezeichnend für den unrettbaren Niedergang des Nationalliberalismus war, daß unter den Bekämpfern des unlauteren Wettbewerbes und der Ausverkäufe der nationalliberale Abgeordnete Patzig den Vogel abschoß: seine Resolution will nicht mehr und nicht weniger, als die Ausverkäufe der Geschäfte unter polizeiliche Aufsicht stellen. Mit dieser nationalliberalen Rückrevidierungs-Leistung verglichen, nahm der Zentrumsantrag sich ordentlich zurückhaltend und gemäßigt aus. Die Abgg. Roeren, Rettig und Patzig bedrohten unter mißgünstigen Seitenblicken auf die konkurrierenden Parteien ihre Rettungsanträge; Genosse Peus wies in überzeugender Rede das Ewig-Unzulängliche aller dieser Mittelstandsrettereien nach, die erhalten wollen, was sich nicht erhalten läßt, und nur dazu beitragen, die Entwickelung zu beschleunigen, die sie aufhalten wollen. Auch die Freisinnigen Dr. Müller-Meiningen und Dove kritisierten treffend das kleinliche Rettungswerk, wenn sie sich auch nicht dazu aufschwingen konnten, die Tatsache des unaufhaltsamen Niederganges des sogenannten „selbständigen" Mittelstandes anzuerkennen. Abg. Gröber sprach unerheblich über Warenhäuser; die Antisemiten Raab und Lattmann entwickelten kleinbürgerliche Utopien; der konservative Sittlichkeits-Apostel Henning klagte über der Zeiten Schlechtigkeit; der Pole Brejski zog die Polenpolitik der Regierung in den Kreis seiner Betrachtung und holte sich dabei ein paar präsidiale Ordnungsrufe; Präsident Graf Ballestrem, der einst so muntere Pfui-Rufer, ist höchst tätlich geworden, wenn einmal über die Regierung oder sonstige höchste Güter der Nation nicht im Tone überschwänglicher Bewunderung geredet wird. — Gegen 6 Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause waren gestern bei der Fortsetzung der ersten Lesung der Hibernia-Vorlage die Tribünen leer und das Haus schwach besucht. Man hatte offenbar nur noch eine magere Nachlese erwartet. In der Tat aber wurde die gestrige Debatte wesentlich interessanter und brachte viel mehr Klarheit in die Frage, als die vorgestrige Debatte vermocht hatte, denn gestern nahm Herr v. Eynern, der seit 21 Jahren dem Verwaltungsrat der Hibernia angehört, zu einer scharfen, energischen Angriffsrede gegen den Handelsminister das Wort. Er sprach überaus erbittert und schenkte dem Minister keine Bosheit, die er ihm irgendwie anhängen konnte. Er erinnerte ihn an seine Vergangenheit als Aufsichtsrat — er hätte vielleicht auch hinzufügen können, an seine Zukunft — und gab nämlich eine genaue Aufzählung all der Mißerfolge, die der Minister erlitten hatte. Er teilte sein Telegramm an den Aufsichtsrat der Hibernia mit, das diesen auffordert, eine „Tellung des Rubes" abzulehnen, und berichtete die Äußerung des Generalkonsuls Schwabach an den Minister: Solche Geschäfte macht das Haus Bleichröder nicht.

Dann wurde er hochpolitisch und warnte alle Leute, die noch etwas zu verstaatlichen hätten, davor, ihre Tür der Staatsverwaltung offen zu lassen, und pathetisch sprach er dann, wie schon vorgestern geschah, von dem Lebenswerk und der Lebensarbeit, die all die Männer der technischen Industrie in die Hibernia gesteckt hätten. Das Pathos hätte vielleicht lächerlich gelungen, wenn er nicht selbst hinzugefügt hätte, daß bei einem direkten Angebot von 252 Prozent an die Hibernia die Verstaatlichungsofferte des Ministers schwerlich abgelehnt worden wäre.

Den Minister schmerzten die Hiebe gewaltig. In seinem Ärger verteidigte er sich so ungeschickt, wie möglich, indem er ein Gespräch mitteilte, das er am 5. Mai mit Herrn v. Eynern gehabt hatte; damals hatte er Herrn v. Eynern mit „voller Ueberzeugung und aus vollem Herzen" versichern können, daß die Regierung an keine Verstaatlichung denke. Knapp einen Monat später war der Verstaatlichungsauftrag an die Hibernia fertig, und der Herr Minister, der vorgibt, diese Sachen seit Jahren gründlich zu studieren, der es adelnt, seine Politik mit „Zickzackkurs" bezeichnen zu lassen, hat in 35 Tagen seine ganze Ueberzeugung über diese Fragen geändert. Dann suchte der Minister gegenüber all den Anzapfungen endlich einmal klarzulegen, was die Regierung mit Hilfe der Hibernia-Verstaatlichung im Kohlensyndikat hätte erreichen wollen.

Es ist lächerlich genug: sie hat die gemäßigsten Elemente in der Art des Herrn v. Eynern nur unterstützen wollen, ohne irgendwie maßgebend auf die Entscheidungen des Syndikats einzuwirken. Natürlich verdesserten all diese Gedankenlosigkeiten die Stellung des Ministers nicht eben. Es kann gar nicht mehr zweifelhaft sein, daß die Regierung die ganze an sich von ihrem Standpunkt aus sinnlose Aktion so ungeschickt wie möglich eingeleitet hat, auch von ihrem syndikatsfreundlichsten Standpunkte die Kohlenbarone und ihre Bankiers vor den Kopf gestoßen hat, und daß sie jetzt im Begriff ist, der Dresdener Bank, die sie hineingelegt hat, einen für den Staat vollkommen wertlosen Aktienbesitz zu hohem Preise abzunehmen.

Neben diesen beiden Hauptrednern vermochten Herr Gamp (freikons.) als Freund und der nationalliberale Abg. Hirsch-Essen als Gegner der Vorlage kein Interesse mehr zu erwecken. Nur eine persönliche Bemerkung des Abg. Münsterberg (Freis. Vgg.), der allzu unvorsichtig ausgeplaudert hatte, daß dem Kapitalisten der Erfolg die Mittel heilige und diese Aeußerung jetzt abzuschütteln versuchte, erweckte noch einige Heiterkeit. Ein Schlußantrag machte der weiteren Debatte ein Ende. Gegen die Stimmen der Linken, die eine besondere Kommission wünschten, ging die Vorlage an die Budgetkommission, wo der Minister sich durch weitere Aufklärungen in der Art der gestrigen „rechtfertigen" wird.

Heute steht die freisinnige Interpellation über den Berliner Schulkonflikt auf der Tagesordnung. —

Jubiläumsfeier des Herrenhauses. Fünfzig Jahre sind verflossen, seitdem aus des damaligen Throninhabers Friedrich Wilhelm IV. romantischen Liebhabereien auf verfassungsmäßig nicht ganz zweifelsfreie Weise eine Körperschaft hoher und niederer Junker und Junkergenossen geboren ward, die den hochtrabenden Titel eines Herrenhauses erhielt. In diesem halben Jahrhundert hat sich dieser eigenartige Senat als Hort aller Rückständigkeit und aller Knebelei glücklich bewährt. So hat denn das „Herrenhaus" reichlich die Lobrede verdient, die der durch seine Ideenlosigkeit selbst in Preußen auffallende westrussische Polizei-Minister von Hammerstein ihm an diesem Gedenktage hielt. Der Präsident des Oberjunker-Parlaments, Fürst zu Inn- und Knyphausen, ein treuer Anhänger erst der Welfen, dann der Hohenzollern, antwortete auf die rührende Ministerrede mit einer nicht minder rührenden Gegenrede. Ein dreimaliges Hoch wurde ausgebracht und damit hatte die erhebende Feier ein Ende.

Die „gebornen Gesetzgeber" berieten sodann einen Gesetzentwurf über die Erhebung der Kirchensteuern in den Kirchengemeinden. Hierbei kamen allerlei fromme Wünsche zum Ausdruck, die den Austritt aus der Landeskirche erschweren sollen.

Von Dessau nach Deutsch-Krone!

Was das Dessauer und das Breslauer Kriegsgericht getan hat, um die Stimmung des deutschen Volkes für die neue Militärvorlage gehörig vorzubereiten, hat jetzt das Oberkriegsgericht in Deutsch-Krone entsprechend fortgesetzt. Es hat am Montag drei Soldaten vom 140. Infanterieregiment zu je **6 Jahren Zuchthaus, insgesamt also zu 18 Jahren Zuchthaus** verurteilt. Ein ausführlicher Bericht über dieses neue Ereignis liegt leider nicht vor; doch wird der Berliner Zeitung darüber aus Deutsch-Krone (Westpreußen) geschrieben:

In der gesamten Bewohnerschaft wird das harte Urteil **mißfällig** aufgenommen, da ein **geringfügiger Vorgang die Ursache des Prozesses** war. Es liegt auf keinen Fall Meuterei und Aufruhr vor. Der Vorgang spielte sich in der Dunkelheit ab, **der Unteroffizier war den jetzt Verurteilten ganz fremd. Vorsätzlichkeit erscheint ausgeschlossen.**

Die erste Instanz hatte auf 19½ Jahre Zuchthaus erkannt; dieser Spruch wurde jetzt von der zweiten auf 18 Jahre herabgemildert.

So viel bekannt geworden — und wer weiß, wie viel Tragödien sich außerdem noch unbemerkt abgespielt haben — sind in dem Monat November allein

38 Jahre Zuchthaus

über angeblich „aufrührerische" Soldaten verhängt worden. 28 Jahre Zuchthaus verteilen sich auf fünf Soldaten, die in der Trunkenheit geringe Ausschreitungen begangen haben. 10 Jahre treffen die beiden ehrenhaften, tadellosen Dessauer Verteidiger ihres Lebens und der Frauenehre.

Sollten nun endlich nicht auch jenen Teilen des arbeitenden Volkes, die sich im Juni 1903 von den Vertretern dieses Systems beschwatzen ließen, die Augen aufgehen?

Eine freisinnige Resolution über die Militärjustiz. Die freisinnigen Parteien des Reichstages haben zur 2. Beratung des Etats eine Resolution von Müller-Meiningen und Bayer eingebracht, in welcher eine durchgreifende, den modernen Rechtsanschauungen entsprechende, allgemeine Reform des Reichs-Militärstrafgesetzbuches, eine Milderung der Strafbestimmungen über Verfehlungen der Untergebenen gegen Vorgesetzte, eine Statistik über die praktische Anwendung der Normen der Militär-Strafgerichtsordnung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit und Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Oeffentlichkeit des Verfahrens verlangt wird.

Frankreich 7000 Mann weniger! Deutschland 10 000 Mann mehr! Der neue bürgerlich-radikale Kriegsminister der französischen Republik, Hr. Berteaux, hat die Korpskommandeure in einem Rundschreiben aufgefordert, alle Soldaten, die nicht die nötige Widerstandskraft besitzen, besonders diejenigen, die von Schwindsucht bedroht sind, ärztlich untersuchen zu lassen und eventuell heimzuschicken. Die Zahl der zur Entlassung Kommenden wird auf 7000 geschätzt. Die Angaben unseres heutigen Leitartikels über die Erschöpfung der militärischen Kräfte Frankreichs werden durch diesen Erlaß des neuen Kriegsministers in hohem Grade bestätigt. Die deutsche Regierung aber beruft sich auf — Frankreichs Vorbild, um eine Erhöhung der militärischen Forderungen zu begründen.

Letzte Freude. Wilhelm II. hat an die Witwe des verstorbenen Generals v. Nietisch folgendes Telegramm gerichtet: „Schloß Neudeck, 27. November 9 Uhr. Ich spreche Ihnen Meine aufrichtige Teilnahme an dem Hinscheiden Ihres von Mir hochgeschätzten Gatten aus. Ihm durch die Verleihung der Uniform der Gardeschützen noch eine Freude gemacht zu haben, gereicht Mir zur herzlichen Befriedigung. Gott stärke Sie in Ihrem Schmerz."

In Sachsen bleibt es beim alten. In Dresden ist am Dienstag ein außerordentlicher Landtag zusammengetreten, der mit einer Thronrede eröffnet wurde. In derselben heißt es; der König wolle die Regierung im Sinne und Geiste seines verstorbenen Vaters fortführen. Somit bleibt dem sächsischen Volke die reaktionäre Aera gesichert. Der Hauptzweck des außerordentlichen Landtages ist die neue Feststellung der Zivilliste.

Die Prinzessinnensteuer für die Herzogin Cäcilie, die Braut des deutschen Kronprinzen, in Höhe von 70 000 M. ist von dem mecklenburgischen Landtage in Malchow — bekanntlich einer fossilen Ständevertretung — für beide Herzogtümer bewilligt worden.

Das monarchische Gefühl der arbeitenden Bevölkerung in Mecklenburg wird durch diese Steuer natürlich gewaltig gestärkt werden.

Der Gelsenkirchener Wasserwerks-Prozeß. Die Leiter der Gelsenkirchener Wasserwerks-Gesellschaft, die beschuldigt waren, das Leitungswasser aus „Sparsamkeitsrücksichten" mit ungereinigten Kloakenwasser versetzt und aus sträflichem Eigennutz den Tod und die Krankheit vieler Menschen verursacht zu haben, sind gerichtet. Die Angeklagten Pfudel und Schmidt erhielten wegen Nahrungsmittel-Fälschung je — 1500 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Hegeler 1200 Mk. Geldstrafe, während Kiesendahl zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde.

Die heutige Verlustliste aus Südwestafrika meldet den Tod des Reiters Zickfeld, der verwundet war und infolge der Fahrlässigkeit eines Zivilisten gestorben ist. Am Typhus starb der Unteroffizier Hönninghaus.

Militärjustiz. Vor dem Oberkriegsgerichte des 3. Armeekorps wurde gegen den Unteroffizier Belling vom Infanterie-Regiment Nr. 48 verhandelt, der vom Kriegsgericht wegen Mißhandlung Untergebener verurteilt worden war. Der Verhandlung wohnten Vertreter des Kriegsministeriums bei. Belling hatte dem Musketier Thieme eine Ohrfeige verabfolgt, weil diesem die Mütze schief auf dem Kopfe saß. Der Musketier Gleich wurde von dem Angeklagten in gleicher Weise mißhandelt, da er ihn nicht gegrüßt hatte. Ebenso erhielt der Musketier Bitowski von dem dem Vorgesetzten eine Ohrfeige, als er beim Turnen den Ellenbogen nicht anlegte. Die Musketiere Thieme, Adamski und Beuth ließ Belling wegen ungenügender Resultate im Schießen fünfundsiebenzigmal mit ausgestrecktem Gewehr in die Kniebeuge gehen, worauf Beuth noch längere Zeit in Kniebeuge verharren sollte. Als der Musketier das Gewehr nicht länger zu halten vermochte, versetzte ihm der Unteroffizier einen Stoß, so daß der Getroffene nach hinten zu Boden stürzte. Der Angeklagte versuchte sich in der Verhandlung damit zu rechtfertigen, daß er sich infolge der Vorwürfe, die ihm seitens der Vorgesetzten über die Ausbildung seiner Leute gemacht worden seien, zu den Mißhandlungen habe hinreißen lassen. Außerdem führte B. an, daß es in der Armee wohl kaum einen Unteroffizier gebe, der Untergebene noch nicht angefaßt habe. Während der Ausführungen des Angeklagten und der darauf folgenden Aussagen der mißhandelten Musketiere brachten die erschienenen Vertreter des Kriegsministeriums eifrigst Notizen zu Papier. Der Unteroffizier wurde unter Verwerfung der von ihm wie von dem Gerichtsherrn eingelegten Berufung gegen das Urteil der Vorinstanz mit drei Wochen Mittelarrest bestraft.

Ausland.

Schweiz. Ueber die Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Regierungen haben vor kurzem in den Kreisen der Parteigenossen von St. Gallen lebhafte Diskussionen stattgefunden, die schließlich zur Annahme eines Beschlusses führten, in dem es heißt: Die sozialdemokratische Partei der Stadt St. Gallen setzt fest:

Nach allen bisherigen Erfahrungen gewähren die herrschenden, besitzenden Klassen dem um seine Besserstellung und Befreiung kämpfenden Arbeitervolk nichts, als was die organisierte Arbeiterschaft selbst durch ihre eigene Macht sich erringt. Dagegen benutzen die Herrschenden und Besitzenden gerne jedes Mittel, um die Arbeiterschaft von einer klaren Erkenntnis ihrer Klassenlage und damit von einer umfassenden Organisierung und Machtentfaltung abzuhalten.

Als ein solches Mittel dient ihnen die Aufnahme eines Arbeitervertreters in die Regierung. Die herrschenden Klassen denken nicht im entferntesten daran, damit den Arbeitern irgend welche wirklichen Vorteile zu bieten, denn die Arbeitervertreter in der Regierung werden auch im besten Falle als Diener des Klassenstaates zu einer ohnmächtigen Rolle verurteilt: Nichts geschieht für eine durchgreifende Aenderung des Arbeitsloses, aber der Schein wird erweckt, als ob etwas geschehe.

Die sozialdemokratische Partei der Stadt St. Gallen läßt sich durch diesen Schein nicht trügen und von einer entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Staate, der ein Klassenstaat ist und bleibt, nicht abhalten. Sie betrachtet es deshalb als Pflicht der Arbeiterschaft des Kantons St. Gallen, an der Exekutive keinen Anteil zu nehmen, so lange sie nicht den genügenden Rückhalt im Volke und damit die Macht hat, die ihre Vertreter befähigt, die Interessen des Proletariats mit Entschiedenheit und Erfolg wahrzunehmen. Sie kann auch einen etwa von bürgerlicher Seite als Regierungskandidat aufgestellten Sozialdemokraten nicht als ihren Parteivertreter in der Gemeinde anerkennen und muß sich vorbehalten, ob sie eine solche Kandidatur durch Wahlbeteiligung unterstützen will.

Schweiz. Polizei-Skandale. Mit dem Züricher Kriminal-Polizeichef wurde am letzten Montag von der Regierung gleichzeitig auch der Polizeifourrier Schneebell seiner Funktionen enthoben. Gestern übergab letzterer Papiere und Bücher. Dann griff er zum Revolver und erschoß sich in seinem Bureau.

Frankreich. Die Sonntagsruhe. Der Höhere Arbeitsrat hat den Entwurf eines Ruhetagsgesetzes ausgearbeitet, der der Regierung und dem Parlament unterbreitet werden wird. Die Hauptgesichtspunkte des Entwurfes sind folgende: Jedem Arbeiter soll innerhalb einer jeden Woche ein Ruhetag von der Dauer von 36 Stunden garantiert werden. Dieser Tag soll, mit Ausnahme solcher Industrien, die einen kontinuierlichen Betrieb erfordern (Transport, Verkehr 2c.), auf einen Sonntag fallen. Denjenigen Arbeitern, die am Sonntag Arbeit zu leisten haben, ist dafür voller Ersatz innerhalb der Woche zu gewähren.

Der Krieg in Ostasien.

Der Fall von Port Arthur läßt noch immer auf sich warten. Trotz aller heftigen Angriffe der Japaner leisten die Russen noch erbitterten Widerstand, und man wird allmählich veranlaßt, alle Meldungen von der bevorstehenden Einnahme der Stadt recht skeptisch aufzunehmen. Nach den neuesten Nachrichten aus Tokio hätten die Japaner den Angriff auf das Zentrum der russischen Befestigungen vor Port Arthur begonnen; 50 große Belagerungsgeschütze seien in beherrschender Position aufgestellt worden und richten gegen die Stadt und die Hafenanlagen ein verheerendes Bombardement als Vorbereitung eines neuen allgemeinen Angriffs, der Mittwoch beginnen sollte.

Weiter wird aus Tschifu gemeldet: Bei dem letzten Sturm auf Port Arthur explodierten die japanischen Minen beim Erlungschan-Fort und zerstörten einen Teil der Glacis. Auch eines der Kikwan-Forts wurde angegriffen; die Angreifer verloren angeblich 4000 Tote in einer Stunde. Die Japaner behaupten, zwei nordöstliche Forts und den dritten Teil von West-Kikwan erobert und eine Stellung bei der Taubenbucht genommen zu haben, wodurch der 203 Meter-Hügel umgangen ist. Es ist ein Minenangriff auf das Fort Liautischan im Gange; täglich finden erbitterte Kämpfe statt. Die Verluste sind übermäßig groß, doch werden neue Truppen in der Taubenbucht gelandet, und die Japaner erklären bestimmt, daß Port Arthur binnen zwanzig Tagen fallen müsse.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, 30. November.

Im betrunkenen Zustande soll sich der Reservist Wilhelm Günther vom hiesigen Landwehrbezirk der Gehorsamsverweigerung, der Achtungsverletzung und der Widersetzung schuldig gemacht haben. Der Angeklagte ist von Beruf Steinbruchsarbeiter, hat vom Oktober 1900 bis September 1902 beim hiesigen Infanterie-Regiment Nr. 36 gedient und von Mitte August bis Mitte September bei demselben Regimente eine 28tägige Uebung gemacht. Seine Führung wird als nicht gut bezeichnet. Am Sonntag, den 11. September, als sich das Regiment in Reppichau zum Manöver befand, war früh schon bei der Ausgabe der Parole der Befehl erteilt worden, die Mannschaften mühten abends 9 Uhr in ihren Quartieren sein, da am anderen Morgen größere Märsche bevorständen. Diesen Befehl will Günther aber nicht gehört haben. Am genannten Tage hatte der Angeklagte etwas viel getrunken, und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041202-18/fragment/page=0002

zum Abendbrot hatte der Quartierwirt einen Liter Schnaps auf den Tisch gestellt, dem er und sein Kamerad tüchtig zugesprochen hatten. Nach dem Abendbrot traten sich die Kameraden im Gasthof Zum Erbprinz, wo Tanzmusik war. Günther ist nach Angabe des Unteroffiziers der Reserve Rudolf derartig betrunken gewesen, daß er wiederholt hingefallen war, und „Opern" gemacht hatte; und des Angeklagten Quartierwirt wunderte sich darüber, wie Günther hätte überhaupt noch tanzen können; der Mann sei seiner Ansicht nach sinnlos betrunken gewesen, denn er hätte bei dem Abendessen knapp noch antworten können. Kurz nach 9 Uhr erschien der Sergeant Kuppke auf dem Tanzboden, bot Feierabend, und forderte die Mannschaften auf, in ihre Quartiere zu gehen. Günther, der diesen Befehl nicht gehört haben will, blieb in einer Ecke sitzen und wurde dann von Kuppke noch einmal besonders aufgefordert, nach Hause zu gehen. Günther erklärte: „Ich gehe schon, ich will nur meine Mütze holen," erhob sich dann, ging abseits und erschien auf einmal mit der Mütze, die unter die Achselklappe gesteckt war. Nachdem Günther hinausgegangen war, erschien auch Sergeant Kuppke draußen und erklärte dem am Fenster stehenden Angeklagten: „Sie sind ja noch da." Günther erwiderte darauf: „Sie haben mir überhaupt nichts zu sagen, ich gehe gerade hinein und tanze noch einmal." Günther ging auch wieder in den Saal, und Sergeant Kuppke, der es nicht böse mit Günther meinte, besprach sich mit dem Unteroffizier Kupfernagel, was zu tun sei, um Günther nicht unglücklich zu machen. Als Günther wieder in den Saal gegangen war und tanzte, wurde ihm von einem Unteroffizier zugerufen: „Gehen Sie nach Hause, wenn Sie morgen Arrest bekommen, haben Sie es zu verantworten." Günther entgegnete aber: „Ach, was sind fünf Tage!" und tanzte weiter. Er wurde nach einigen Befehlen, nach Hause zu gehen, von zwei Unteroffizieren an die Arme gefaßt und hinaus gebracht, wobei er die Aeußerung fallen ließ: „Ich habe doch bis 10 Uhr mein Tanzgeld bezahlt." Als Günther den Anschein erweckte, als wolle er nicht mit — es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er an den Dielen im Saale mit den Stiefeln hängen geblieben ist — wurde er von dem Unteroffizier Eisenkopf ergriffen und hinausgetragen. Der Angeklagte wurde bis an sein Quartier begleitet, rückte dann aus und wurde festgenommen. Diesen Vorgang bemerkte dann ein des Weges kommender Leutnant, der anordnete, sobald Günther noch den geringsten Ungehorsam an den Tag lege, ihn nach der Wache zu bringen. Dieser Anordnung wurde auch schließlich Folge geleistet. Der Angeklagte wußte sich der Vorgänge nicht mehr genau zu erinnern, da er stark betrunken gewesen war. Während die Unteroffiziere bekundeten, der Angeklagte sei wohl angetrunken, aber nicht betrunken gewesen, blieben sein Quartierwirt und der Unteroffizier der Reserve Rudolf dabei, Günther sei sinnlos betrunken gewesen. In der Verhandlung wurde auch die Frage aufgeworfen, ob nicht Widersetzung vorliege. Der Ankläger war aber nicht der Meinung, daß wegen dieses schweren Vergehens eine Verurteilung erfolgen könne; er ersuchte, des Angeklagten Trunkenheit zu berücksichtigen, und beantragte wegen Gehorsamsverweigerung in mehren Fällen und Achtungsverletzung eine Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte die durch Trunkenheit eingetretene verminderte Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten und erkannte wegen Gehorsamsverweigerung in vier Fällen, verbunden mit Achtungsverletzung in einem Falle, auf 7 Monate Gefängnis.

Parteinachrichten.

— **Gemeindewahlen.** Der erste Sozialdemokrat zog nun auch in den Gemeinderat in Lichtenhain bei Jena ein. Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal an der Wahl. — Bei den Gemeinderatswahlen in Limbach (Sachsen) wurde die ganze sozialdemokratische Liste, Unfähige und Unanfässige, in der dritten Klasse gewählt. — Die Wahl des Genossen Kerfin in Berlin, die von der „freisinnigen" Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung für ungiltig erklärt worden war, ist vom Bezirksausschuß für giltig erklärt worden.

— **Aus den Organisationen.** Zum besoldeten Parteisekretär für die Provinz Schleswig-Holstein ist Genosse Saalfeld aus Hamburg gewählt worden. Genosse Saalfeld wird sein Amt am 1. Januar n. J. antreten. — Die Gründung eines Kreis-Wahlvereins beschlossen die Parteigenossen im 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreise.

— **Parteipresse.** Der Volksbote in Stettin wird vom 1. Dezember ab in erweitertem Umfange erscheinen. Infolgedessen wird der Abonnementspreis um 5 Pfg. pro Monat erhöht und beträgt demnach 65 Pfg. monatlich bei freier Zustellung.

Genosse Robert Albert ist aus der Redaktion der Magdeburger Volksstimme ausgeschieden. Er siedelt nach Breslau über und tritt am 1. Dezember in die Redaktion unseres dortigen Parteiblattes ein.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftshaus in Hamburg. Zur Erlangung von geeigneten Entwürfen für den Bau eines Gewerkschaftshauses hatte die Verwaltung eine Konkurrenz unter den Architekten ausgeschrieben und dafür vier Preise — 2000 M., 1000 M. und zwei à 500 M. — ausgesetzt. Daraufhin sind 25 Entwürfe eingegangen, von denen zwei zur Konkurrenz nicht zugelassen werden konnten, und zwar einer wegen Nichtwahrung der Anonymität, und einer wegen verspäteter Einlieferung. In der Schlußsitzung des Preisrichter-Kollegiums, bestehend aus der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat der Gesellschaft, dem Architekten Herrn Boß-Kiel und Herrn Friedrich Arlon-Hamburg, wurde keinem der eingesandten Entwürfe der erste Preis zuerkannt, vielmehr einstimmig beschlossen, den ersten und den zweiten Preis zu vereinigen und die beiden besten Entwürfe mit je 1500 M. auszuzeichnen. Es sind dies der Entwurf des Herrn Albert Krüger-Hamburg und derjenige des Herrn Hermann Krug-Hamburg. Der dritte Preis wurde den Herren Alfred Lasse-Hannover und Max Mahlmann-Hamburg, der vierte Preis den Herren Lehmann und Würdemann-Hamburg zuerkannt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 29. November.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Jacke; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Comte.

Eigentumsvergehen. Der Arbeiter Johann Regner von Querfurt hatte sich im Monat Juli von dem Schlossermeister Hoffmann ein Fahrrad geborgt, um damit Arbeit suchen zu können. Er fuhr nach Schafstädt, fand keine Arbeit und hatte das Malheur, von dem Rade ein Pedal abzubrechen, weshalb er es in Merseburg für 10 M. versetzte und den Betrag für sich verwendete. Der Angeklagte, der in Not gehandelt hatte, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Am 31. August kaufte die verehel. Olga Schüler von hier von der Handelsfrau Klara Moritz in einem Grünwarenladen für 50 Pf. Obst und Kartoffeln. Frau Schüler bezahlte die Waren mit einem Zwanzigmarkstück und erhielt von Frau Moritz versehentlich ein Zehnmarkstück zu viel zurück. Erst als Frau Schüler den Laden verlassen hatte, bemerkte Frau Moritz ihren Verlust. Frau Moritz lief der Frau Schüler nach, letztere ging in mehrere Geschäfte und sagte, sie habe nicht zu viel zurückerhalten. Als Frau Schüler von ihren Wegen zurückkam, erschien Frau Moritz plötzlich in der Schülerschen Wohnung und bemerkte, daß 29 M. in denselben Münzen auf dem Tische lagen, die sie Frau Schüler gegeben hatte. Frau Moritz erstattete nunmehr, da sie ihr Zehnmarkstück nicht zurückerhielt, Anzeige, und erzielte damit, daß Frau Schüler vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Frau Schüler bestritt mit aller Entschiedenheit, 10 M. zu viel erhalten zu haben, behauptete, sie sei unschuldig und legte gegen das erste Urteil Berufung ein. Das Gericht verwarf aber die gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegte Berufung.

Sittlichkeitsvergehen. Der 17jährige Malerlehrling Paul Sonnenkalb von hier hatte eines Tages das bei dem Fleischermeister Burckhardt in Stellung befindliche Dienstmädchen unsittlich angetastet. Es sollte gewaltsame Vornahme unzüchtiger Handlungen vorliegen, weshalb der Angeklagte sich in Haft befand. Das Gericht nahm aber nur an, daß Sonnenkalb sich der tätlichen Beleidigung schuldig gemacht habe, verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis und rechnete diese Strafe auf die erlittene Haft an. Die Verhandlung war nicht öffentlich. — Ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den Dachdeckergesellen William Richter von Sandersdorf, 19 Jahre alt. Er war eines Sonntags im Monat August mit einem Dienstmädchen aus Beesen zum Tanze gewesen und hatte dann das Mädchen nachts auf der Chaussee von Sandersdorf nach Zscherndorf in unsittlicher Weise belästigt. Es lag tätliche Beleidigung vor. Beantragt wurde 1 Monat; erkannt wurde auf 14 Tage Gefängnis. — Gleichfalls hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen die Dienstknechte Otto Naumann und Thomas Przybilski von Werben bei Delitzsch, beide 18 Jahre alt. Sie hatten am 7. September auf dem Felde bei Werben mit einem 15jährigen Dienstmädchen unsittliche Handlungen vorgenommen und dem Mädchen gedroht, wenn es von dem Vorgange zu Haus etwas erzähle, ihm etwas auszuwischen. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte wegen Sittenvergehens und Nötigung zu je 6 Wochen Gefängnis.

Ein Familienstreit, der sich am 3. September zwischen den Eheleuten Wagner und den Kindern des Möbelhändlers Rösch abgespielt hatte, führte dahin, daß der Arbeiter Karl Wagner wegen Körperverletzung zu 40 M. und seine Ehefrau Klara zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. Gegen dieses vom Schöffengericht verhängte Urteil hatten Wagners Berufung eingelegt, die aber ohne Erfolg war. Die Angeklagten hatten die Kinder der Familie Rösch geschlagen.

Wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung wurde der Kaufmann Walter Rühlemann zu 10 M. Geldstrafe ev. 2 Tagen Haft verurteilt, weil er angezeigt worden war, er habe in seinem Laden Schnaps verschenkt.

Halle a. S., 30. November.

Kleine Chronik. Der Mechaniker Otto Pfätz hat am 25. September im Seebener Busch mit seinem Fahrrade eine vor ihm gehende Frau umgestoßen. Die Frau konnte, da das Klingelzeichen etwas zu spät erfolgte, nicht ausweichen, und wurde unerheblich verletzt. Pfätz wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 Mk. Geldstrafe eventl. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Wegen Beleidigung und Bedrohung wurde der Glasermeister Max Stejskal von hier zu 50 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er am 2. Oktober mit einem Wagenführer der elektrischen Bahn in Differenzen geraten war. Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig; das Gericht erachtete ihn aber auf Grund eidlicher Zeugen-Aussagen für überführt. — Der Buchhalter Kurt Weber von hier sollte im Juni d. J. in einem hiesigen Auskunfts- und Inkasso-Bureau, welches sich mit dem Eintreiben fauler Forderungen befaßte, Unterschlagungen begangen haben. Weber ging in die Häuser und fragte bei mehreren Personen an, ob er solche Forderungen zum Einziehen übertragen bekommen könnte. Die Auftraggeber zahlten für jeden Auftrag 1 Mark Vorschuß, und von jenen Beträgen sollte Weber 22 M. unterschlagen haben. Da Weber aber durch Krankheit an der Zustellung jener Beträge verhindert war, war seine Freisprechung geboten.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

An die örtlichen Vereins-Vorstände und Vertrauensmänner.

Die Kreisleitung hat beschlossen, zum Zwecke eines allseitigen Meinungsaustausches über die Frage der Neu-Organisation im Kreise und im Bezirk eine Konferenz zum **11. Dezember** nach Torgau (Klemms Restaurant) einzuberufen. Auf dieser Konferenz soll jeder Ort, in welchem organisierte Parteigenossen vorhanden sind, durch mindestens einen Delegierten vertreten sein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Stellungnahme zu der geplanten Neu-Organisation im Bezirk.
2. Die Organisation in unserem Kreise.
3. Stellungnahme zum preußischen Parteitag.
4. Stellungnahme zum außerordentlichen Bezirkstag in Halle.
5. Stellungnahme zur Gemeinde-Vertreter-Konferenz in Halle.

Die Verhandlungen sollen um 11 Uhr beginnen. Um zahlreiche Beteiligung bittet

Die Kreisleitung:
K. Krüger. E. Lehmann. E. Hennig.

Verzeichnis

der größeren Lokale in Halle und dem Saalkreis, welche der Arbeiterschaft zu Versammlungen 2c. zur Verfügung stehen:

In **Halle**:
Bellevue, Lindenstraße,
Goldener Hirsch, Obere Leipzigerstraße,
Konzerthaus, Karlstraße.
Drei Könige, Kl. Klausstr. u. Olearius-Ecke.
Moritzburg, Harz,
Weißes Roß, Geiststraße,
Englischer Hof, Großer Berlin.
Köppchens Lokal, Unterberg (früher Faulmann).
Erholung, Martinsberg 6, Inh. Kautzsch.
Schramms Restaurant, Merseburgerstr. (Löff's Hof)
Sachsenburg, Trotherstraße.

In **Giebichenstein**:
Burgtheater, Wilhelmshöhe, Hohestraße. Burgstraße.

Trotha: Gasthof zum Adler.
Bernsteins Restaurant, Götzschestraße.

Kröllwitz: Lindenhof.
Nietleben: Gasthof zur Sonne.
Osmünde: Gasthof von Augustiniak.
Burg bei Radewell: **Restaurant zum Burgschlößchen.**

Der Vertrauensmann.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein Flugblatt der Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt, G. m. b. H., Wandsbek-Hamburg, bei, deren Fabrikate in deren Verkaufsabteilung Halle a. S., Große Ulrichstraße 4/5, neben dem Neuen Theater, zu haben sind.

Ein mächtiges Stück Seife
für nur **10 Pf.** das Stück!

Dasselbe eignet sich besonders für kleine Wäsche und zur Körperpflege.

Wenn auch die Größenverhältnisse auf nebenstehender Abbildung nur ideelle sind, so ist damit Qualität und die Ausgiebigkeit der Sunlight Seife doch treffend illustriert. Man achte stets auf das gesetzlich geschützte Format und auf die Originalpackung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 02-18/fragment/page=0003

Meine Abteilungen in
Spielwaren, Papierausstattungen, Lederwaren, Luxus- u. Geschenk-Artikeln, Holzwaren, Schmucksachen etc.
sind auch in diesem Jahre mit **vielen Neuheiten** auf das **reichhaltigste** ausgestattet und empfehle ich dieselben beim **Einkauf von**

Weihnachts-Geschenken.

En gros. 5% in Rabattsparmarken. **En detail.**

Albin Hentze, Halle a. S., Schmeerstraße 24, nahe am Markt.

„Germania".

Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.

Kein Arzthonorar! Sicherheitsfonds: 275 Millionen. Keine Policengebühr!

Keine Volksversicherung! Lebensversicherung von 1000 Mk. ab
mit **Uebernahme der Invaliditätsgefahr** für die durch **Unfall** oder **Krankheit** entstandene **dauernde Erwerbsunfähigkeit.**

An Dividenden **sind** überwiesen für 1880: 66%, 1881: 63¼%, 1882: 60¼%, 1883: 57¾% u. s. f. — Auskunft erteilt gern **kostenlos schriftlich** oder **mündlich auch abends nach der Arbeitszeit** **Fr. Gossrau,** Geiststrasse 21.

Konsumverein Weissenfels.

Die Auszahlung der Rückvergütung (Dividende) findet in der nachstehenden **Reihenfolge der Buchnummern** in unserem Kontor, Schillerstraße 6, wie folgt statt:

Nachmittags	2 bis 3 Uhr	3 bis 4 Uhr	4 bis 5 Uhr	5 bis 6 Uhr
Montag den 5. Dez. Buchnummern	1—75	76—150	151—225	226—300
Dienstag den 6. Dez. Buchnummern	301—375	376—450	451—525	526—600
Mittwoch den 7. Dez. Buchnummern	601—675	676—750	751—825	826—900
Donnerstag d. 8. Dez. Buchnummern	901—975	976—1050	1051—1125	1126 b. Schluß

Die Rückzahlung der Guthaben ausgeschiedener Mitglieder erfolgt nur Freitag den 9. Dezember in unserem Kontor.

Es sind bei der Auszahlung der Dividende pro Stunde 75 Auszahlungen vorgesehen und müssen die vorgeschriebenen Zeiten deshalb pünktlich eingehalten werden. **Ein Auszahlen außer der Reihenfolge findet nicht statt.** Die Auszahlung erfolgt nur gegen Rückgabe der bei der Ablieferung der Marken erhaltenen Quittung.

Wir ersuchen, Kinder mit der Abholung der Dividende nicht zu beauftragen.

Der Vorstand.
Heinig. Kathe. Geiling.

Konsumverein Weissenfels.

Um vielseitigen Anfragen entgegenzukommen, teilen wir unseren geehrt. Mitgliedern hierdurch mit, daß Anfang Dezember unsere neuerbaute **Dampfbäckerei** in Betrieb gesetzt wird. Infolge großer, zeitgemäßer Einrichtungen sind wir in der Lage, das **Stollenbacken** für unsere Mitglieder in weitestem Maße ausführen zu können, und werden Bestellungen vom 6. **Dezember ab** in unserem Kontor, Schillerstraße 6, angenommen.

Auch werden wir Bestellungen auf zu liefernde Stollen zu möglicht billigen Preisen in guter Qualität ausführen.

Mit der Herstellung von Frühstücksgebäck, welches frei ins Haus geliefert wird, beginnen wir erst nach Neujahr, ersuchen aber jetzt schon diejenigen Mitglieder, welche Frühstücksgebäck von uns beziehen wollen, sich in den Verkaufsstellen in die Listen einzuzeichnen. **Der Vorstand.**
Heinig. Kathe. Geiling.

NB. Zehn zuverlässige Frauen zum Frühstückaustragen werden gesucht. Meldungen sind in unserem Kontor anzubringen.

Konsumverein Weissenfels.

Sonnabend den 3. Dezember abends Punkt ½9 Uhr findet im Restaurant **„Stadt Naumburg"** ein

Gr. Lichtbilder-Vortrag

über die **englische, schweizerische und deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in Wort und Bild** statt.

Zu diesem sehr interessanten Vortrage, welcher von einem Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gehalten wird, laden wir unsere geehrten Mitglieder sowie alle Interessenten freundlichst ein.

Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 20 Pf.

Um Störungen zu vermeiden, ersuchen wir um pünktliches Erscheinen.
Die Verwaltung.

Konsumverein für Dieskau u. U.

E. G. m. b. H.
Sonntag den 4. Dezember nachmittags 3 Uhr im Gasthof zu Dieskau

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1903/04.
2. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns und Entlastung des Vorstandes.
3. Geschäftliches.

Konsumverein für Dieskau u. Umg., e. G. m. b. H.
Edmund Gittel. W. Hauschild.

Zentralverband der Brauer u. Brauereiarbeiter.

Zu unserem am 3. Dezember in Brunnerts Bellevue stattfindenden

Vergnügen

bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**
ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Zeitz. Kämpfes Restaurant. Zeitz.

Sonntag den 4. Dezember von abends 8 Uhr an

grosse Abendunterhaltung.

Auftreten beliebter Komiker. ff. Speisen und Getränke.
Einen genußreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein
Konrad Kämpfe.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Freitag den 2. Dezember
78. Abonn.-Vorstell. 2. Viertel.
Beamtenkarten ungiltig.
2. und letztes Gastspiel der Zwillingsschwestern **Emilie und Gabriele Christmann.**
Kaiserlich russische Hofopernsängerinnen in Petersburg und Moskau.

Der Barbier v. Sevilla.
Komische Oper in 2 Akten v. G. Rossini.
Hierauf:
Lucia von Lammermoor.
Oper in 3 Akten von G. Donizetti.
Zum Schluß:
Duett aus „Der Nordstern", große Oper von Meyerbeer.

Sonnabend den 3. Dezember
79. Abonn.-Vorstell. 3. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
In der Neueinrichtung des kgl. Schauspielhauses in Berlin:
Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. W. v. Göthe.
Schülerkarten für Parkett an der Abendkasse.

Neues Theater, Halle a. S.

Freitag den 2. Dezember. Anfang 8½.
Die Frau vom Meer.
Sonnabend: Z. 20. M.: **TRAUMULUS**

Walhalla-Theater.

Kurzes Gastspiel

A. Bernardi,

der beste italienische Verwandlungsschauspielers.
Ferner:
kurzes Gastspiel

Karl Cords,

großherzogl. badischer Opernsänger a. D. Ferner:
7 neue Debüts.
Saalplatz 50 Pfg.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Ab heute, den 1. Dezember:
Das **vollständig neue**
Sensations-Programm.
Novität! Novität!
Yeotha, unter Assistenz von **Captain Grade.**
Indignische Szenen.
3 Sisters Ernesto, Drahtseil-Künstlerinnen
Jos. Golemann, mit seiner **Meute dressierter Hunde und Katzen.**
Die beste existierende Dressur dieses Genres! Durchweg preisgekrönte Tiere.
Ada May, Vortragssoubrette.
3 Garganys, kom. Gentle man-Akrob.
Fritz Waldow, Humorist und Typen-Darsteller.
Mary Bartelly, Tanz-Excentrique.
Mr. Alfons, Balance-Trapez-Künstler.
Sensationell: **„Die Kopffahrt."**
Dröses Velograph, lebende Photographien.

Woll- u. Weisswaren, Wäsche

empfiehlt in **reicher Auswahl** zu **soliden Preisen**
Marie Pirschky, Zwingerstr. 32.

Bitterfeld.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
Zahlstelle Bitterfeld.
Sonnabend den 3. Dezember 1904 abends 8 im Rest. Hohenzollern

20jähriges Stiftungsfest

bestehend in **Ball bei freier Nacht.**

Weißenfels Maschinisten u. Heizer. Weißenfels

Sonntag den 4. Dezember in Stadt Naumburg

Stiftungsfest,

bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen und unbeschränktem
BALL.

Anfang des Konzertes: 6 Uhr.
Freunde und Gönner, sowie die Gewerkschaften sind hiermit höflichst eingeladen.
Der Vorstand.
Programme sind im Vorverkauf in Stadt Naumburg à 20 Pf. zu haben.

Zeitz. Zeitz.

Frank & Schneble

Wasservorstadt 8.

1904 Weihnachts-Verkauf 1904

zu ganz besonders billigen Preisen.
6% Rabatt oder Konsumvereinsmarken.
Großartige Geschenke u. Fahrtvergütung
bei entsprechendem Einkauf.
Besonders billig:
Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Rockstoffe, Wäschestoffe, Hemden, Schürzen, Nachtjacken Zuavenjäckchen, Kopf- und Ballshawls, Handschuhe, Strümpfe, Hosenträger, Schlipse, Wäsche, Unterzeuge etc.

Als sehr preiswert empfehle:

ff. geröst. Perl-Kaffee	à Pfd. Mk.	**1.00**
ff. garant. reinen Kakao	à Pfd. Mk.	**1.00**
ff. garant. reine Bruchschokolade	à Pfd. Mk.	**0.75**

Carl Otto Büsch,

Kaffee-Import und Groß-Rösterei „Probat",
Fernspr. 213. **Halle a. S.** Obere Leipzigerstr. 51.
Nähe des Hauptbahnhofes.

PALMIN

feinste Pflanzenbutter
unübertroffen zum kochen, braten u. backen
50% Ersparnis gegen Butter!

Stoff-Reste

zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.
Halle a. S. H. Elkan, Leipzigerstr. 87.
Kaufhaus I. Ranges.

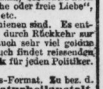
Bitz Zukunftsstaat

Eine neue Staatseinrichtung. Allen Menschen wird ein glückliches und sorgenfreies Dasein zeitlebens gesichert. Hochinteressant für jedermann, besonders auch für das weibliche Geschlecht, namentlich die Abschnitte „Ehe oder freie Liebe", „Dusche und Abhilfe des Sitzenbleibens junger Mädchen" etc.

Das Werk ist eines der interessantesten, welche je erschienen sind. Es enthält die wirkliche Lösung der sozialen Frage, die nur allein durch Rückkehr zur Natur auf allen Lebensgebieten möglich ist. Es enthält auch sehr viel goldene Lehren, die sich jeder sofort zu eigen machen kann. Das Buch findet reissenden Absatz, ist auch ein sehr passendes **Weihnachtsgeschenk** für jeden Politiker. Viele Anerkennungsschreiben liegen vor.

Preis ℳ 3,50 brosch., ℳ 4,50 geb., ca. 900 Seiten Gross-Format. **Zu bez. d. alle Buchhandl., Bitz Verlag, Leipzig, u. Bitz Naturheilanstalt, Dresden-Radebeul.** Teilzahlungen gestattet. Ausführlichen Prospekt gratis.

4! **Meerschaum- u. Bernsteinspitzen**
beste Qualität, i. Etui v. M. 1—24 empfiehlt
Ernst Karras jun.
Leipzigerstr. 4.



Freitag
Schlachtefest.
Wilhelm Pöttger
Kellnerstr. 10a.

Wer repariert **Gummi-Schuhe** dauerhaft und schnell?
Mansfelderstr. 9, früher Mühlgasse 2.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190412 02-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 283. Halle a. S., Freitag den 2. Dezember 1904. 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung. Mittwoch, den 30. November 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare.
Das Haus ist schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung stehen Resolutionen, die zum Etat des Reichsamts des Innern für 1904 gestellt worden waren und sich gegen den unlauteren Wettbewerb wenden, speziell sich mit dem Ausverkaufswesen befassen. Die drei Resolutionen Gröber (Zentr.), Rettich (kons.) und Patzig (natl.) werden zur Beratung miteinander verbunden.

Abg. Hören (Zentr.) begründet die Resolution Gröber, welche Abänderung des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb, Regelung des Ausverkaufswesens, Beseitigung der Härten des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte und Verbot der Gründung von Warenhäusern durch Beamte und Offiziere verlangt. — Die Entscheidung des Reichsgerichts, welche Nachschub von Waren bei Ausverkäufen gestattet, hat das Gesetz vom Jahre 1896 über den unlauteren Wettbewerb zum guten Teile illusorisch gemacht. § 1 muß — einfach auf dem Wege der authentischen Interpretation — dahin ausgelegt werden, daß jeder Nachschub von Waren für einen Ausverkauf verboten wird. So weit, wie die Nationalliberalen, wollen wir allerdings nicht gehen. — Wir wollen mit unserer Resolution die Grundsätze von Treu und Glauben schützen, an denen die Gewerbefreiheit eine Grenze haben muß. (Beifall i. Zentr.)

Abg. Rettig (kons.) begründet eine von ihm im Namen der konservativen Fraktion eingebrachte Resolution, welche Vorlegung eines Gesetzes — möglichst noch in dieser Session — fordert, durch das die Anmeldepflicht für alle Ausverkäufe festgesetzt, die Veranstaltung von Scheinverkäufen und der Nachschub von Waren bei Ausverkäufen verboten wird. — Redner wahrt seiner Fraktion die Priorität für diese Anträge, erklärt, daß seine Freunde auch für die nationalliberale und die Zentrumsresolution in ihren ersten Teilen geschlossen stimmen würden. Gegen den letzten Absatz der Zentrumsresolution — Verbot der Warenhausgründung durch Offiziere und Beamte — werde allerdings ein Teil der Konservativen stimmen.

Abg. Dr. Patzig (natl.) begründet die Resolution seiner Fraktion. Dieselbe verlangt, daß Ausverkäufe und Versteigerungen spätestens am 4. Tage vor ihrer Veranstaltung bei der Polizeibehörde angezeigt werden sollen, daß ein Verzeichnis der zum Verkauf bestimmten Warenbestände der Anzeige beigefügt werden muß und daß Geldstrafen bis zu 1500 Mark für die Verletzung dieser Bestimmungen festgesetzt werden sollen. — Redner regt an, die gesamten Resolutionen betr. den unlauteren Wettbewerb in einer Kommission zu beraten.

Abg. Peus (Soz.): Am nötigsten wäre es wohl augenblicklich, gegen den unlauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes vorzugehen, der sich hier im Hause geltend macht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Durch alle diese Maßnahmen, die hier verlangt werden, ist dem Mittelstand nicht zu nützen; man kuriert an Krankheits-Erscheinungen herum und sieht in Begleiterscheinungen die Ursache des Uebels. Die kleinen Praktiken, welche durch die Gesetzgebung unter Strafe gestellt werden sollen, werden durchweg nicht etwa von großen, sondern gerade von den kleineren und mittleren Geschäftsleuten geübt, die von den Parteien der Rechten und der Mitte in besonderen Schutz genommen werden. Die reellsten und anständigsten Geschäftsleute versichern, daß man nicht ganz ohne sogenannte „Lockartikel" auskommen könne, d. h. Artikel, die billiger verkauft, als sie eingekauft werden. Werden alle die Vorschläge Gesetz, die hier gemacht werden, so wird man eben neue Schleichwege ausfindig machen, um das Gesetz zu umgehen; das Leben ist viel zu beweglich, als daß man es durch Gesetze bannen könnte. — Die nationalliberale Partei scheint beflissen zu sein, mit dem mageren Ruhme, der ihr noch aus den Jahren der Reichsgründung geblieben, völlig aufzuräumen; sonst rechnete sie sich die Einführung der Gewerbefreiheit als einen Hauptruhmestitel an; jetzt aber kommt sie mit Anträgen, welche völlig mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit brechen; es will wenig sagen, daß sie die Polizeiaufsicht nicht Polizeiten mit der Pickelhaube anvertraut; Polizisten ohne Pickelhaube sind oft noch viel schlimmer. — Was dem Kleinhandel noch am meisten hilft, sind Inserate; freilich verdirbt das Inseratenwesen völlig die Presse, denn es stellt sie — mit einziger Ausnahme der sozialdemokratischen Presse — völlig unter die Herrschaft der Inserenten. — Ich persönlich halte von den Abzahlungs-Geschäften herzlich wenig; Konsumvereine sind das beste Mittel gegen sie; aber gerade gegen die Konsumvereine erhebt sich das heftigste Geschrei der Kleinhändler. — Daß den Beamten-Konsumvereinen fiskalische Gebäude zur Verfügung gestellt werden, halte auch ich nicht für richtig; übrigens bedürfen sie solcher künstlichen Förderung auch gar nicht. — Mit all den kleinen Mittelchen, die Sie (nach rechts) vorschlagen, werden Sie dem sogenannten selbständigen Mittelstande nicht auf die Beine helfen; er ist in ständiger Abnahme begriffen; dagegen nimmt der neue Mittelstand der besser bezahlten Lohnarbeiter und Beamten fortwährend zu. — Wir legen auf Kommissionsberatung keinen Wert, sind aber bereit mitzuarbeiten; herausgesehen wird allerdings bei der Sache nichts. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ein Antrag Gröber (Zentr.) eingegangen, die in der Resolution Patzig enthaltenen Gesetzesvorschläge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vpt.): Wir stehen nicht auf dem sozialdemokratischen Standpunkte, daß der jetzige Mittelstand rettungslos verloren ist. Das Gesetz von 1896 bedarf in der Tat der authentischen Interpretation. Der Antrag Patzig aber bedeutet, vor jeden Ausverkauf ein paar Schußleute hinzustellen. Herr Patzig hat in seine lex imperfecta, die in letzter Linie auf eine neue Plackerei des Mittelstandes herauslauft, sogar den armen Reichskanzler hereingezogen, der doch mit der authentischen Interpretation von Telegrammen genugsam beschäftigt ist. (Große Heiterkeit.) Am sympathischsten ist von den vorliegenden Resolutionen noch die Resolution Gröber, die allerdings nicht viel besagt. (Zuruf links: Gerade deshalb! Große Heiterkeit.) Von gewisser Wichtigkeit würde es sein, der Bestechung von Angestellten in industriellen und kommerziellen Betrieben durch Lieferanten entgegen zu arbeiten. In der Schweiz hat man diesen Weg bereits beschritten und ich möchte mindestens eine Enquete über diese Bestechungen befürworten. Gegen die Ueberweisung dieser Resolutionen an die Regierung d. h. auf Deutsch an den Papierkorb (Heiterkeit.) habe ich nichts einzuwenden. (Bravo! links.)

Abg. Lattmann (Antis.) hofft, daß die Erklärung des Vertreters der Sozialdemokratie, es würde gar nichts schaden, wenn der Mittelstand zu Grunde ginge, möglichst weit bekannt werde, damit sie die gebührende agitatorische Wirkung ausübe. Wir wollen nicht unlauteren, sondern lauteren Wettbewerb in der Hilfe für den Mittelstand. Ein Potsdamer Warenhaus hat in einem Jahre fünf Ausverkäufe in Szene gesetzt und zwar jedesmal unter einem neuen Vorwande. (Heiterkeit. Großartig! rechts.) Die Abzahlungsgeschäfte sind notwendig für die Aermsten des Volkes. Es ist richtig, daß das Zentrum den Beamten und Offizieren die Freiheit lassen will, Mitglieder eines Konsumvereins zu sein. (Bei den Sozialdemokraten: Und den Arbeitern nicht!) Redner fortfahrend: Jawohl den Arbeitern auch, aber davon war nicht die Rede. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dove (Freis. Vgg.): Alexander Meyer hat das Wort geprägt, das noch heute richtig ist: Unlauterer Wettbewerb ist der, den ein anderer mir macht, lauterer, den ich einem anderen mache. (Heiterkeit.) Der nationalliberale Antrag stellt tatsächlich den ganzen Warenverkauf unter Polizeiaufsicht. Das geht nicht. Es gibt Ausverkäufe, die erlaubt sein müssen, wie z. B. Saison- und Nachlaß-Ausverkäufe. Den Abzahlungsgeschäften liegt der gesunde Gedanke einer Ausdehnung eines Kredits auf die minderbemittelten Klassen zu grunde; es ist wahr, daß viele Mißbräuche dabei vorkommen, aber die Geschäftsform als solche ist nicht entbehrlich. Ich glaube nicht, daß der Mittelstand zu grunde gehen muß, ich glaube aber ebenjowenig, daß ihm auf diesem Wege zu helfen ist. Das Richtigste bleibt immer, ihn auf energische Selbsthilfe zu verweisen. (Bravo! links.)

Abg. Groeber (Zentr., auf der Bühne fast unverständlich) begründet aufs neue seine Resolution und spricht über die Wichtigkeit des Mittelstandes. Redner verbreitet sich weiter über die Schäden der Warenhäuser. Manche Warenhäuser entschuldigen sich mit Verteilungen ihrer Angestellten, wenn ihnen Uebertretungen des Gesetzes nachgewiesen werden. Besonders das Warenhaus Tietz hat in dieser Beziehung verschiedentlich Sach mit seinen Angestellten gehabt, aber andererseits merkwürdigerweise immer das Glück, freigesprochen zu werden. Vorgegangen werden muß auch gegen das Geschenkunwesen der Warenhäuser. So verspricht ein Warenhaus in einer Reklame bei einem Einkauf von 10 Mark als Geschenk eine Boa, ein Kinderspielzeug, eine Uhr, Zeug für eine Bluse u. s. w. (Zuruf links: Engeln, nicht alles zusammen!) Davon steht in der Reklame nichts (Heiterkeit links), man kann sie so und so auslegen. Solche Manöver müßten gesetzlich verboten werden. Auf keinen Fall dürften Inventurausverkäufe erlaubt sein. Denn Inventur kann man das ganze Jahr hindurch aufnehmen. Ebenso bieten die Konkurrenzausverkäufe reichlich Gelegenheit zu unlauterem Wettbewerb. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Henning (kons.) klagt über die Schleuderkonkurrenz in der Provinz. Durch vagabundierende Kaufleute, die nur für wenige Tage einen Verkauf einrichten, wird der reelle Kaufmann und Handwerker geschädigt. Im geschäftlichen Leben hat die Gerissenheit in den letzten Jahren zugenommen. (Beifall rechts.)

Abg. Brejski (Pole) spricht seine Sympathie für die angeregten Verbesserungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb aus. Aber leider begünstigt die preußische Regierung aus politischen Gründen den unlauteren Wettbewerb. Auch das neue Ansiedelungsgesetz in Preußen fällt unter das Gesetz vom unlautern Wettbewerb. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Brejski (Pole): Anders konnte ich meinen Wunsch nicht ausdrücken, daß die preußische Polenpolitik durch ein verbessertes Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verhindert wird.

Präsident Graf Ballestrem: Hier handelt es sich um den unlauteren Wettbewerb von Warenhäusern, Bazargeschäften usw. Auf die Polenpolitik können Sie hier nicht eingehen.

Abg. Brejski (Pole): Den Polen wird der Erwerb von Grund und Boden dadurch unmöglich gemacht, daß sie belogen und betrogen werden . . . .

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner nunmehr zur Sache.

Abg. Brejski (Pole): Wenn ich den Satz auch nicht vollenden darf, den Sinn haben Sie doch verstanden. (Gr. Heiterkeit.) Gewisse Telegramme aus Berlin regen diesen unlauteren Wettbewerb direkt an. Das monarchische Gefühl des polnischen Volkes . . . .

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Brejski (Pole): Ich wollte nur sagen (Gr. Heiterkeit), wenn das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wirksam sein soll, dann muß es auf alle Gebiete ausgedehnt und von oben muß mit gutem Beispiel vorangegangen werden. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Raab (Ant.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die die geschäftlichen Ausschreitungen der Waarenhäuser seltsam milde beurteile. Dem müssen tiefere Ursachen zu Grunde liegen. Es handelt sich hier nicht um eine Ueberlegenheit des Großbetriebes, sondern um eine Anzahl mehr oder minder schmutziger Manöver. Auch die sozialdemokratische Presse nimmt Schwindelannoncen auf, so der Vorwärts vom Sonntag, der einen „Ausverkauf wegen baupolizeilicher Vorschriften" anzeigt und die Annonce eines Waarenhauses enthält, das für 3 Tage unentgeltliche Verteilung von Photographiebaus in Aussicht stellt. Die Neue Welt, deren obiture Inserate auf einem sozialdemokratischen Parteitag erwähnt worden sind, leistet sich einen besonderen Inseratenredakteur mit dem klangvollen Namen Cohen (Lachen b. d. Soz.). Die Sozialdemokratie will eben den Mittelstand zu Grunde gehen lassen, weil er ihr im Wege steht. Das Hamb. Echo schrieb: Die Erhaltung des Mittelstandes sei nicht wünschenswert, weil sie den Fortschritt hemmte (Sehr richtig! b. d. Soz.). Nur bei den Wahlen wird es verschwiegen. Der Mittelstand hat keinen schlimmeren Feind, als die Sozialdemokratie (Bravo! rechts).

Hierauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident teilt mit, daß der morgige Tag sitzungsfrei bleibt, damit die Fraktionen den Etat studieren.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung: Unlauterer Wettbewerb, Berggesetz, Invalidenversicherung.)

Schluß 5½ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 1. Dezember.

Das Opfer der Straßenbahn,

die 64jährige Frau des pensionierten Polizeibeamten Warmath, ist, wie wir schon meldeten, gestorben. Sie lebte nach dem Unfall nur noch drei Stunden, ein Beweis, daß die erlittenen Verletzungen außerordentlich schwere waren. Man beeilt sich auch in diesem Falle eifrig, zu versichern, den Wagenführer trifft keine Schuld. Der Ansicht sind wir auch. Aber

Stadt-Theater.

Götz von Berlichingen. Schauspiel von Göthe.

Nach längerer Zwischenpause wurde gestern abend im Stadt-Theater Götz von Berlichingen gegeben. Der Ritter mit der eisernen Hand hat sich aber in Berlin eine neue „Bearbeitung" gefallen lassen müssen, die aber trotzdem noch als Goethesches Werk angesprochen werden soll. Armer Goethe! Wenn er diese Bearbeitung zu hören bekäme, würde er sich wohl sehr verwundert an den Kopf fassen. — Es gibt Schriftsteller, die ihnen zuteilgewordene Notizen anderer Autoren einnehmen, um sie nach Aenderung des Anfangs und des Schlusses als ihre Originalarbeiten zu bezeichnen. So ist auch die „Bearbeitung" von Götz in Berlin gemacht worden. Der Anfang und der Schluß sind verändert, das ganze etwas episodenhafter ausgestaltet, und die Bearbeitung ist fertig. Die Notwendigkeit dieser Bearbeitung ist absolut zu bestreiten. Fragen wir uns nun, ob die Bearbeitung einen ganz bestimmten Zweck erreichen wollte, so müssen wir leider zugestehen, daß ein unbefangener Beobachter sehr schwer den Eindruck bezwingen kann, als wollte man den Götz loyaler erstellen. Daß durch diese Absicht der Götz genießbarer gemacht wäre, wird wohl niemand behaupten wollen. Es muß im Gegenteil gesagt werden, daß Goethes Werk, das den Kampf einer großen Persönlichkeit gegen widrige Mächte zum Ausdruck bringen wollte, durch die Bearbeitung verschandelt wurde. Daß ganze Szenen herausgestrichen wurden, die zum Verständnis entbehrlich sind, möchte schließlich noch hinge en, denn Streichungen sind wohl fast immer vorgenommen worden, daß aber die ganze Unterredung der Bauern mit Götz, worin ein großer Teil der Charakteristik von Götz liegt, gestrichen wurde, ist eine unverzeihliche Tat. Wenn gestrichen werden mußte, warum ist nicht die Szene der heiligen Feme gestrichen worden, die am allerersten entbehrlich ist? Es kam aber anscheinend gar nicht auf Kürzung an, sondern auf etwas ganz anderes; es ist eine Szene eingeschaltet worden, in der die Gräfin Helfenstein um das Leben ihres gefangenen Gemahls bittet. Diese Szene stammt überhaupt nicht von Goethe, sie kann nur den Zweck haben, die deutsche Bauernbewegung in anderem Lichte darzustellen, als sie ist, in einem Lichte, das Goethe nicht wollte. Es wurde oben gesagt, daß der Götz loyaler gestaltet worden sei, diesem Empfinden lassen sich schwer Gründe entgegenstellen, man muß fast zu der Ueberzeugung kommen, daß mit der Bearbeitung eine Diskreditierung des Bauernkrieges vorgenommen werden soll, die Goethe fern gelegen hat. Bei Goethe werden die Ursachen der Erhebung klargelegt, in der „Bearbeitung" erfährt man nichts als eine Begebenheit, die als Grund höchstens für einen persönlichen Rachealt ausreichte. In der Bearbeitung stellt man uns nicht die schwer um ihre Rechte kämpfenden Bauern, sondern eine ohne erschöpfenden Grund herumziehende Mordbrennerbande vor. Verbessern tun auch wir uns nicht, daß im Bauernkriege manches Unerwünschte zu Tage getreten ist, wenn aber die Ursachen verfolgt werden, die zu den Ausschreitungen geführt haben, bekommt der Zuschauer ein ganz anderes Bild. Historisch getreuer hat der Bearbeiter das Schauspiel nicht gemacht, er hat im Gegenteil die Unklarheit, die schon so über manchen Charakter kömmt, noch mehr vergrößert. Der mystische Zug, der in einem Teil der von gewisser Seite protegierten „Kunst" so hervortritt, ist durch die Bearbeitung nun auch glücklich in den Götz hineingebracht worden. Dann fehlt auch die größere Entwickelung der Massen nicht, die neuerdings auch an ganz andern Stellen bevorzugt wird; die preßgesetzlichen Verhältnisse erlauben uns ein näheres Eingehen auf diese Sache nicht.

Ziehen wir das Fazit der gestrigen Vorstellung, so müssen wir gestehen, daß wir die Bearbeitung recht bald wieder verschwinden sehen, dafür aber Goethes Werk in der bisherigen Bearbeitung wieder zu Ehren gebracht sehen möchten. — Kein schauspielerisch genommen, konnte sich die Vorstellung gestern sehr wohl sehen lassen. Die Einpauderung war sehr sorgfältig und die Künstler wurden den Intentionen gerecht. Namentlich möchten wir Herrn Heinz hervorheben, dessen Götz eine Musterleistung war. Da auch die übrigen Rollen gut besetzt waren, wurde mit Beifall nicht gespart. R. F.

Kleines Feuilleton.

Eine Organisation der Balletttänzerinnen hat sich in Paris gebildet. Die Organisation hat sich der Arbeitsbörse (Gewerkschaftskartell) angeschlossen.

Die Besteuerung der Hausfrau. Der Frankfurter Zeitung wird aus Kopenhagen geschrieben: Der Plan, hier eine Haushaltungs-Zentrale einzurichten, ist nun verwirklicht worden. In einem der schönen Vorstadtviertel hat der Urheber des Planes, Schuldirektor Otto Fick, ein stattliches Gebäude errichten lassen, das für 25 Familien bestimmt ist. Das ganze Haushaltungswesen wird zentralisiert und die 25 Familien werden mit Essen, Trinken, Feuerung, Wäsche, Bedienung u. s. w. gegen eine bestimmte monatliche Bezahlung versehen. Jede Familie hat ihre eigene Häuslichkeit, die Hausfrau braucht sich aber um die tausend Kleinigkeiten einer Haushaltung nicht zu bekümmern und die Dienstbotenfrage macht ihr keine Sorgen, so daß sie ihre Zeit für andere Zwecke verwerten kann. Die modernen Einrichtungen, wie Telephon und Elektrizität, sind dem neuen System natürlich sehr günstig. Das Ganze ist für wohlsituierte (nicht reiche) Familien berechnet. Die Kosten für eine aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie werden 8 bis 4000 Kronen (3360 bis 4480 Mark) jährlich für Wohnung und alles übrige betragen, doch wird das Sollen auch mäßigeren Forderungen angepaßt werden können. Diese vorzügliche Neuerung, nach der die ganze hauswirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart unverkennbar hindrängt, wird hoffentlich rasch nach Deutschland gelangen und hier die Häuslichkeit in jeder Abstufung, bis zur Lebenshaltung der Arbeiterfamilie, auf eine gesicherte Basis stellen. Die Emanzipierung der deutschen Stadtfrau von den oft so lächerlichen Kümmernissen der Wirtschaft und die Betätigung der unendlichen Kraftvergeudung, die damit verbunden ist, müßte Kulturwirkungen haben, die in ihrer Tragweite kaum zu übersehen sind. Und die Unternehmer ihrerseits werden sicher auf ihre Kosten kommen.

Eine seltsame Mißgeburt wird in der Münchener Medizinischen Wochenschrift von einem Arzte aus Ulm folgendermaßen beschrieben: Kam da ein Kind zur Welt, das es einziges Auge, und zwar mitten auf der Stirn, hatte. Genau in der Mitte saß ein merkwürdig deformtes Auge, während an den normalen Stellen, die bei uns der Sitz der Augen sind, nicht eine Spur der Augen zu sehen war. Die Lidspalte dieses einzigen Auges war rautenförmig mit zwei seitlichen und einem oberen und unteren Winkel. Am Grunde der Lidspalte befand sich ein Augapfel, der eigentlich aus zwei zusammengewachsenen Augäpfeln bestand. Die Verwachsungslinie der beiden Augäpfel war lediglich durch eine leichte Furche angedeutet. Auf den Rändern der Lidspalte waren Wimperhaare vorhanden. Der Augapfel hatte zwei Pupillen. Eine einzige knöcherne Augenhöhlung, die der Mitte des Stirnbeins angehörte, umschloß das eigenartige Augengebilde. Außer dieser Mißbildung, die in der Medizin als „Cyklopie" bezeichnet wird, zeigte das Kind aber noch eine andere seltsame Anormität: an der Stelle, wo sich normalerweise die Nase befindet, war eine platte Fläche; dafür befand sich einen Zentimeter über dem Auge ein kleines, häutiges, weinglasförmiges Anhängsel, welches nichts anderes darstellte, als — die häutigen Bestandteile einer Nase. Irgend ein Knochengerüst der Nase war nicht zu konstatieren. Das Kind hatte also ein einziges Auge mitten auf der Stirn und ferner eine Nase, die sich über dem Auge befand und außerdem nur aus Haut bestand. Die Mißgeburt war 51 Zentimeter lang und blieb 43½ Stunden am Leben. Da die Nase fehlte, erfolgte die Atmung nur durch den Mund.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041202-18/fragment/page=0005

andererseits ist die Frage aufzuwerfen, ob die Straßenbahn nicht für den Unfall verantwortlich zu machen ist. Es mag gern zugegeben sein, daß die Frau, die sicherlich nicht zum ersten Male auf der Elektrischen fuhr, fahrlässig gehandelt hat, als sie während der Fahrt absprang. Daß sie dies noch in verkehrter Richtung tat, erhöht das Unbegreifliche dieses Abspringens. Aber darüber kommt man nicht hinweg, daß die Straßenbahn die Verpflichtung hat, zu verhindern, daß überhaupt ein Fahrgast während der Fahrt abspringen kann. Es müssen Einrichtungen vorhanden sein, die es geradezu unmöglich machen, daß Passagiere sich selbst in Gefahr bringen. Und da kommen wir wieder auf unsere so häufig erhobene Forderung der Anstellung von Schaffnern zurück. Seit dreiviertel Jahren sind uns diese versprochen. Die Straßenbahnkommission hat ähnliche Beschlüsse gefaßt. Wo bleibt die Autorität dieser Kommission, wenn sich die Straßenbahngesellschaft um deren Beschlüsse nicht kümmert? Oder sollen noch ein halbes Dutzend Menschen das Opfer unzeitigen oder falschen Abspringens werden? Niemand wird bestreiten können, daß der Unfall in der Triftstraße verhindert worden wäre, wenn ein Schaffner in der Lage war, die Frau vom Abspringen abzuhalten. Soll es so weiter gehen?

Die Ablösung der Neujahrswünsche durch Geldspenden

bekämpfen energisch die Geschäftsinhaber der Papierwaren-Branche. Sie haben an die Stadtverwaltung eine Petition gerichtet, in welcher es u. a. heißt:

Der Aufruf wirkt also agitatorisch gegen den Konsum einer Verbrauchsware, welche bisher vielen hundert fleißigen Händen Beschäftigung gab. Er schädigt in Wirkung die Existenz wichtiger Industriezweige, die auch in unserer Stadt eine erhebliche Bedeutung haben. Wie groß die der Industrie erwachsenden Verluste sein würden, wenn die Versendung von Neujahrsglückwunschkarten allgemein unterbliebe, ergibt sich aus der großen Zahl von Fabriken, welche an der Herstellung von Karten, Briefumschlägen usw. beteiligt sind.

Die Schädigung der Industrie beginnt bei den Papierfabriken, welche den Karton für die Karten und das Papier für die Umschläge liefern; dann folgen Briefumschlagfabriken, Zeichner, Lithographen, Druckereien, Kartonnagefabriken, die zahlreichen kleineren Betriebe, welche mit der Herstellung von Goldschnittkarten usw. beschäftigt sind und endlich die vielen Ladengeschäfte, welche sich mit dem Verkauf an die Konsumenten befassen.

Auch die zur Versendung von Neujahrsglückwünschen benötigten Karten bilden einen großen Konsumartikel, an dessen Erzeugung Hunderte von Arbeitern Jahr um Jahr beteiligt sind. Der Wert des zu diesem Zwecke erzeugten Kartons dürfte einschließlich des zu den Umschlägen verwandten Papiers jährlich mehrere Millionen Mark betragen.

Mit dem Vertrieb der genannten Erzeugnisse befaßt sich eine große Zahl von Papierhändlern und Ladengeschäften. Der Unternehmergewinn aller dieser Leute wird also durch jene Agitation mittelbar getroffen und der aus dem verminderten Geschäftserträgnis sich ergebende Steuerausfall dürfte allein wesentlich größer sein, als die durch die Sammlungen aufgebrachte Armenspende.

Die in der Petition entwickelte Logik könnte mit gleicher Berechtigung z. B. auf den Schnapsgenuß übertragen werden. Auch da könnte man deduzieren, die Schnaps brennenden Junker wollen doch leben, mithin muß möglichst viel Fusel konsumiert werden. Es ist auch gar nicht ersichtlich, welche Maßnahmen das Kollegium der Stadtverordneten gegen die Neujahrswunschablösung treffen soll. Die Petition erteilt nun den Rat: „Der einzelne mag es mit der Ablösung halten wie er will, aber es hat niemand ein Recht, öffentlich zu Maßnahmen aufzufordern, welche die Interessen einer großen Zahl von Bürgern direkt schädigen.“ Auch gegen die öffentliche Aufforderung können die Geschäftsinhaber der Papierbranche nichts einwenden. Nebenbei gesagt, ist die Ablösung von Neujahrswünschen insofern ganz berechtigt, als die Versendung von Gratulationskarten zur Mode und Formsache herabgesunken ist. Das Herz empfindet nichts bei dieser Art von Glückwünschen. Gesellschaftliche und geschäftliche Rücksichten sind bei der Inszenierung der Neujahrswünsche maßgebend. Und niemand hat das Recht, einen anderen davon abzuhalten, zur Abschaffung dieser unzeitgemäßen Sitte aufzufordern.

Habt acht auf die Lokalliste!

Da in letzter Zeit die seitens des Vertrauensmannes veröffentlichte Liste durch Gewinnung und Streichung von Lokalen eine Umänderung erfuhr, bitten wir die Genossen, diese berücksichtigen zu wollen. Das ist vor allem gegenwärtig, wo die Festlegung der Säle zu den Weihnachtsbescherungen erfolgt, zu beachten. Wir wissen sehr wohl, daß die vorhandenen Säle schwerlich ausreichen, gerade diesem Bedürfnisse zu genügen, allein die Beschränkung auf diese ist notwendig, um den Kampf für Erringung weiterer Versammlungslokale zu erleichtern.

Endet die Schulpflicht mit dem vollendeten 14. Lebensjahre?

Diese auch von uns auf Grund eines Kammergerichtsurteils bejahte Frage ist in ihrer allgemeinen Auffassung sehr leicht geeignet, zu Mißverständnissen Anlaß zu geben. Unser Korrespondent am Kammergericht teilt uns darüber folgendes mit:

Für die Provinzen Ost- und Westpreußen besteht ein Gesetz betreffend die Elementarschulen vom 31. Dezember 1845, nach welchem allerdings, wie das Kammergericht dauernd entschieden hat, in den Provinzen Ost- und Westpreußen die Volksschulpflicht mit dem vollendeten 14ten Lebensjahre endet.

In der Provinz Hannover gilt noch das alte hannöversche Volksschulgesetz in Verbindung mit Konsistorial-Verordnungen, welche sich auf die Schulpflicht beziehen. Nach dem Wortlaut des hannöverschen Gesetzes ist das Ende der Schulpflicht in der Provinz Hannover zum Teil von den Vorschriften solcher für die einzelnen Landesteile erlassenen Verordnungen abhängig. Es ist also in der Provinz Hannover selber nicht einmal einheitlich geregelt. Das Kammergericht hat nun bisher auf Grund solcher Verordnungen für einzelne Konsistorialbezirke, für einzelne Teile der Provinz Hannover anerkannt, daß dort das Ende der Schulpflicht mit der Vollendung des 14. Lebensjahres erreicht werde. Danach muß jeder Hannoveraner erst die Spezialbestimmungen seines Wohnbezirkes über das Ende der Schulpflicht studieren, ehe er irgend welche Schritte tut, sein Kind vor Schluß des betreffenden Schulsemesters aus der Schule zu nehmen.

In Schleswig-Holstein gilt die alte dänische Schulordnung von 1814. Danach endet dort die Schulpflicht mit der Konfirmation, wobei wieder Spezialvorschriften zu beachten sind.

Im übrigen preußischen Gebiete aber, also im allergrößten Teile des preußischen Staates gilt § 6, II 12 des Allgemeinen preußischen Landrechtes hinsichtlich des Endes der Schulpflicht. Hier muß der Schulbesuch bis zur förmlichen Entlassung aus der Schule fortgesetzt werden, welche bekanntlich in der Regel frühestens mit dem Ablaufe des Semesters erfolgt, wo das Kind das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat.

In diesem Sinne ist das jüngste Urteil des Kammergerichts aufzufassen. Etwaige Schlußfolgerungen, die auch unsere Parteigenossen an dieses Urteil knüpften, treffen somit nicht zu.

Ein biederer Handwerksmeister

stand in der Person des Barbierherrn Hoffmann in der letzten Sitzung vor den Schranken des Gewerbegerichts. Der Friseurgehilfe Frenkel verlangte wegen kündigungsloser Entlassung Entschädigung für Kost und Logis und Zurückzahlung eines seinem Meister zur Aufbewahrung übergebenen Zehnmarkstückes einen Gesamtbetrag von 52.50 Mk. Der Kläger, ein anscheinend gutmütiger Mensch, erklärt, als er eines Tages kündigte, habe er Prügel bekommen und sei schließlich kündigungslos entlassen worden. Der Beklagte weist darauf hin, daß „seine Leute“ eine bestimmte Zeit zu schlafen hätten, diese, wenn er es verlange, bis 9 Uhr abends im Geschäft sein müßten, und daß er eines Tages über das Verhalten des Gehilfen wütend geworden sei und diesem „eine 'runter gehauen“ habe. Herr Hoffmann erzählte das derartig, als sei es ganz selbstverständlich, daß ihm das Recht zustehe, seinem Gehilfen eine Ohrfeige zu geben. Später verlangte er, der Gehilfe solle noch weiter arbeiten, und hätte nach der Ohrfeige noch die Kündigungsfrist abwarten müssen. In seiner Widerklage machte Herr Hoffmann auch noch Ansprüche geltend, weil Kläger einmal Geschirr und eine Flasche zerbrochen hätte. Das Gericht verurteilte den Beklagten in der Hauptsache zur Zahlung eines Betrages von 27.50 Mk., und wies ihn mit seiner Widerklage ab, da man einem Gehilfen, der von dem Meister eine Ohrfeige erhalten hat, nicht zumuten könne, dort noch weiter zu arbeiten. Bei einer Beschäftigungsdauer von 12 Wochen, so hieß es in der Urteilsbegründung, passiere es auch, daß ein Gehilfe einmal etwas zerbreche. Bei dem Verlassen des Gerichtssaales erklärte Herr Hoffmann, „das bezahle ich nicht“, worauf der Vorsitzende die Bemerkung machte: „Na, dann wird Ihnen der Gerichtsvollzieher eine Liste machen.“

Und immer wieder der Fortbildungsschulunterricht.

Man schreibt uns: Sehr geehrte Redaktion! In der heutigen Ausgabe (Nr. 281) Ihres geschätzten Blattes berühren Sie durch die Wiedergabe eines Ihnen zugegangenen Schriftsatzes nochmals die Frage betr. der Fortbildungsschule. Obgleich nun in dieser Angelegenheit mehrfach berichtet wurde, ist es doch niemals so richtig und eingehend beleuchtet worden, wie sich die hiesigen Innungsmeister zu dem bekannten Erlaß des Ministers stellen.

In der Protestversammlung vom 18. v. M. haben die Innungsmeister sich ja nun ein glänzendes Armutszeugnis ausgestellt, sie bekundeten einen solchen krassen Egoismus, daß jedem menschenfreundlich Denkenden, gelinde gesagt, ein „Gruseln“ ankam. Ganz und gar wollen sie die Fortbildungsschule aus der Welt geschafft wissen, und begründeten dies mit den drolligsten Mätchen. Der Vorsitzende der Versammlung, Klempnermeister Grecke, schoß den Vogel ab, er führte am Schlusse seiner Eröffnungsansprache aus, daß die Meister ja nicht einmal Nutzen von den Zeitopfern für ihre Lehrlinge hätten, denn nach beendigter Lehrzeit gingen die jungen Leute ja doch zu den Gewerkschaften und damit zur roten Partei über.

Ein anderer Redner, Kleemann, meinte, es könne den Lehrlingen gar nicht schaden, wenn sie erst nach Beendigung der Tagesarbeit zur Fortbildungsschule gingen, er hätte in seiner Jugend auch schwer arbeiten müssen; in diesem Sinne sprachen noch viele unter dem Beifall der Anwesenden. Den gegenteiligen Ausführungen der drei Fortbildungsschulleiter, den Herren Rektor Grothe, Könnicke und Dr. Wohlrabe, gelang es nicht, diese Innungsmenschen vom Segen und Nutzen der Fortbildungsschule zu überzeugen, sie hatten vielmehr Mühe, ihre sehr eingehend und sachlich gehaltenen Reden zu Ende zu bringen, namentlich der letztere Herr, der oft durch störende Zwischenrufe unterbrochen wurde, verstand es trefflich, die Störenfriede abzuführen.

Der Schreiber dieser Zeilen war gänzlich verblüfft von der Engherzigkeit dieser Innungshelden, die aus Eigennutz nicht ein paar Stunden dem Wohle ihrer Lehrlinge opfern wollen, und am liebsten die Knute schwingen möchten. Selbst gehört muß man diese Leute haben, um sich ein Bild machen zu können, welche Fürsorge ein Lehrling von ihnen zu erwarten hat.

Weil nun schon jetzt viele Eltern bemüht sind, für ihre, kommenden Ostern aus der Schule zur Entlassung kommenden Söhne Lehrstellen zu suchen, sei ihnen ganz besonders die Menschenfreundlichkeit der Herren Innungsmeister vor Augen geführt. — —

Wir haben dieser Schilderung nichts hinzuzufügen, sie spricht für sich selbst.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

In diesem Winter kann Schnee und Eis kostenlos abgeladen werden:

1. auf dem südlich von der Nietlebener Chaussee belegenen städtischen Platze, 2. auf dem zwischen der Rötzziger- und Würmligerstraße belegenen Platze, 3. auf dem städtischen Gelände neben der Würth- und Düquerstraße, 4. auf dem neben Krähenberge belegenen früheren Steinlagerplatze, 5. auf dem sogenannten Saalanger (Verlängerung der Saalmerderstraße) in der Höhe der alten Kiesgrube.

Den Anweisungen der auf diesen Plätzen von der Polizeiverwaltung oder dem Magistrat angestellten Aufseher ist unbedingt Folge zu leisten.

Jedes Abladen von Schutt (allein oder mit Schnee vermischt) an einer der vorgenannten Stellen ist verboten und zieht die Bestrafung nach sich.

* **Das Seil des Aufzugs** am Justizgebäude riß gestern vormittag, als die Arbeiter Jaßmantz und Behringer Sand und Steine in die oberen Stockwerke befördern wollten. Der Jaßmantz wurde am Rückgrat schwer verletzt, Behringer kam froh, als man den Fahrstuhl in Bewegung setzen wollte. Jaßmantz wurde am Rückgrat schwer verletzt, Behringer kam mit geringen Bein- und Rippenverletzungen davon.

Auch bei dieser Gelegenheit wiederholen wir unsere an die auf den Bauten beschäftigten Volksblattleser gerichtete Bitte, uns von ähnlichen Unfällen sofort in Kenntnis zu setzen. Etwaige Zeitverluste und sonstige Ausgaben werden gern entschädigt. Das Volksblatt muß durch die Mithilfe der Genossen in der Lage sein, über Unglücksfälle und andere Vorkommnisse ihre Leser ebenso rasch zu unterrichten, wie die bürgerliche Presse, die allerdings die kräftige Unterstützung der Behörden und anderer Institute findet.

* **Auf seltsame Weise** verunglückte am Mittwoch mittag der Fleischergeselle Schubert. Er wollte, auf einem Wagen sitzend, zum Tore des Hauses Reideburgerstraße 2 hinausfahren, als die Scheibe des Oberlichtes, welche noch nicht vergittet war, herunterfiel. Die Scherben brachten dem Schubert so schwere Schnittwunden bei, daß er in die Klinik übergeführt werden mußte.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Kipp u. Büttner, Hamburg. Glockengießerwall 21, über Patente: Radfahrerhosenklemme; Otto Zschäpe und Bernhard Leineweber, Halle. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: Mit Bund versehener Feststellstift für den Deckel einer Teigteilmaschine in der Offenlage; H. Tretrop, Halle. Kunststeinformmaschine mit auswechselbaren Preßplatten und die Füllhöhe regulierenden Boden-Einlegeplatten; Gotthard Bermig, Halle. Stapelrahmen für Kunststeine mit Führungsplatte für das Abtragebrett; Gotthard Bermig, Halle. — Das Bureau erteilt unseren Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Erlaß der 6 Mark-Strafe bei der Eisenbahn.** Eine Neuerung im Personenverkehr der Eisenbahn hat die Tarifkommission des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen beschlossen. § 21 der Eisenbahnverkehrsordnung bestimmt, daß, wer ohne gültige Fahrkarte im Zuge Platz nimmt, für die ganze zurückgelegte Strecke das Doppelte des gewöhnlichen Fahrpreises, mindestens aber 6 Mark zu entrichten hat. Läßt sich nicht unzweifelhaft feststellen, wo der Reisende eingestiegen ist, so ist sogar die ganze Strecke zu zahlen, die der Zug zurückgelegt hat. Diese Strafe mußte nach der Bestimmung auch dann erhoben werden, wenn ein Reisender gegen seinen Willen eine Strecke durchfahren hatte, für die seine Fahrkarte nicht gilt oder z. B. gegen seinen Willen oder aus Unkenntnis einen Schnellzug benutzt hat und nur im Besitze einer Karte für einen Personenzug war. Die Zahlung der Strafe von mindestens 6 Mark wurde meist verweigert. Die Stationsbeamten waren deshalb genötigt, die Verkehrsinspektion in Anspruch zu nehmen. Im Bezirke einer einzigen Inspektion der Eisenbahndirektion Halle wurden z. B. alljährlich etwa 300 derartige Anzeigen erstattet. Davon waren 180 Fälle ganz harmloser Art, die durch Zahlung des einfachen Fahrpreises erledigt wurden. Auch in den übrigen Fällen mußte von der weiteren Verfolgung Abstand genommen werden. Die Inspektionen werden somit in der Mehrzahl der Fälle zwecklos in Anspruch genommen. Die Tarifkommission empfiehlt deshalb die Aufnahme der Bestimmungen in die Verkehrsordnung, daß, wenn ein Reisender gegen seinen Willen eine Strecke mit einer für diese nicht gültigen Fahrkarte befahren oder aus Unkenntnis einen Schnellzug mit einer für Personenzüge gültigen Fahrkarte benutzt hat, nur der einfache Fahrpreis oder der einfache Schnellzugszuschlag erhoben werden kann, wenn der Reisende zur sofortigen Zahlung bereit ist.

* **Wie hoch soll eine Lampe hängen?** Meist wird man darüber die Praxis entscheiden lassen, und das gilt besonders dort, wo Hängelampen verwendet werden, deren Höhe veränderlich ist. Für manchen Fall dürfte es aber ganz erwünscht sein, eine kleine rechnerische Hilfe dafür zur Hand zu haben. Soll eine kreisrunde Fläche, etwa ein großer runder Tisch, beleuchtet werden, so wird die günstigste Flächenbeleuchtung bei einer Aufhängehöhe über Tischmitte erzielt, die gleich dem 0,7fachen oder 7/10 des Halbmessers der Tischplatte ist. Hat der Tisch also z. B. einen Durchmesser von 120 Zentimeter, so wird die Lampe am günstigsten 84 Zentimeter über Tischmitte aufgehangen.

* **Blutvergiftung durch Abziehbilder.** Kinder kaufen sich vielfach sogenannte Abziehbilder oder erhalten solche geschenkt. Die Spielerei mit diesen Bildern ist jedoch nicht immer ungefährlich, wie ein Vorfall in Eidelstedt im Holsteinschen beweist. Dort hatte ein 10jähriger Knabe ein solches Bild auf eine Stelle am Arm kopiert, an der sich wahrscheinlich eine kleine Hautverletzung befunden haben muß. Die Farbstoffe des Bildes veranlaßten eine Entzündung, die anfangs gering, sich aber nach und nach steigerte. Der hinzugerufene Arzt konstatierte eine Blutvergiftung und veranlaßte die Ueberführung des Kindes nach dem Kinderhospital in Hamburg. Dort liegt es schwerkrank darnieder.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Für das morgen, Freitag, abend stattfindende Gastspiel der beiden Schwestern Emilie und Gabriele Christman gelten die üblichen Gastspielpreise. Am Sonnabend folgt die zweite Aufführung von Götz von Berlichingen, dieselbe beginnt um 7 Uhr. Schülerkarten für Parkett (1.10 Mk.) werden an der Abendkasse zur Ausgabe gelangen. — Die nächste Volks-Vorstellung findet am Sonntag nachmittag 3½ Uhr statt (60, 40, 25 Pfg.), zur Aufführung gelangt Lortzings Zar und Zimmermann. Am Sonntag abend wird die Operette Die Fledermaus von Johann Strauß wiederholt. Am 2. Akt wird das gelegentlich der Jubiläums-Vorstellung des Herrn Stahlberg arrangierte große Ballett getanzt. — Nächste Woche findet die Premiere des Ausstattungsstückes Die Kinder des Kapitän Grant statt.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Freitag: Die Frau vom Meer. Sonnabend: Traumulus. Für die nächste Volksvorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40, 20 Pf. Sonntag nachmittags 4 Uhr wird neu einstudiert Arthur Schnitzlers dreiaktiges Lebensbild Liebelei und sind Billetts hierzu bereits jetzt an der Kasse des Neuen Theaters und in der Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, zu haben.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Mit dem heutigen Tage beginnt ein vollständig neuer Spielplan, der wiederum viel des Interessanten und Neuen enthält. Wir verweisen im besonderen auf die heutige Tages-Annonce.

Wettin. Der Bürgermeister als Aufsichtsratsmitglied. In der öffentlichen Ausschreibung der Stelle des neuen Bürgermeisters heißt es u. a.:

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dem Gewählten die Stelle eines Vorstandsmitgliedes der Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Wallwitz-Wettin übertragen werden wird, wofür in den letzten Jahren eine Remuneration von jährlich 500 Mk. gezahlt worden ist.

Diese Einbeziehung einer Aufsichtsratsstelle in die Gehaltsverhältnisse eines Bürgermeisters sollte man hübsch unterlassen. Die Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Wallwitz-Wettin vertritt ihre besonderen kapitalistischen Interessen, und wenn sie es für angemessen erachtet, auch gegen die Stadt Wettin. Der Bürgermeister, der zugleich Aufsichtsratsmitglied ist, würde unter diesen Umständen in eine sehr prekäre Lage kommen.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz. (Eig. Ber.) Zur Beachtung! Bei Eintritt der kalten Witterung wird es oftmals recht schmerzlich empfunden, wenn Wege und Straßen so glatt sind, daß man kaum darauf gehen kann. Es sei deshalb folgende Bekanntmachung der Polizeibehörde in Erinnerung gebracht:

„§ 7. Das Lustfahren mit Handschlitten auf abschüssigen Straßen, sowie das sog. Schlickern oder Schufseln und das Schlittschuhlaufen auf Straßen oder Plätzen ist verboten;

§ 20. Der Gebrauch von Handschlitten ohne Deichsel ist auf abschüssigen Straßen untersagt. Die Deichsel der Handschlitten und der Handwagen müssen die Führer während der Fahrt stets in der Hand halten, auch dürfen sie sich dabei nicht auf das Gefährt setzen;

§ 75. Eltern, Pflegeeltern, Dienstherrschaften, Lehrmeister haften wegen Uebertretung dieser Straßenpolizei-Ordnung für ihre Kinder, Dienstboten und Lehrlinge, wenn sie die ihnen nach den Gesetzen obliegende Aufsicht über dieselben versäumt oder denselben Veranlassung oder Anweisung zu der Uebertretung gegeben haben.“

Zugleich wird noch die Warnung erlassen, die mit Eis überzogenen tiefen Gewässer nicht eher zu betreten, bis das Eis genügende Festigkeit hat. Eltern 2c. sollen hierauf die Kinder und die Pflegebefohlenen aufmerksam machen.

Weißenfels. Die Mitteldeutsche Zeitung, das angeblich „liberale“ Organ, stellte am 1. Dezember ihr Erscheinen ein. — Unsere Genossen, denen die schamlose Haltung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041202-18/fragment/page=0006

Blattes während der Maurerstreiks noch in Erinnerung ist, werden ihm keine Tränen nachweinen.

— **Butterfälschung.** Frau Gutsbesitzer Amalie Schumann geb. Boie in Nellschütz wurde beschuldigt, der von ihr hergestellten Butter zu viel Kochsalz und Buttermilch beigemischt, also die Butter verfälscht zu haben. Sie wurde deshalb mit 2 Mk. bestraft, wei sie verfälschte Butter verkauft hat.

Hohenmölsen. Bürgerliche Wohltätigkeit. Aus dem Bericht der letzten Stadtverordnetensitzung geben wir nachstehende Verhandlung wieder: Der Magistrat zu Naumburg und der Vorsitzende des Städteverbandes Sachsen-Anhalt haben die Beteiligung der mittleren und kleineren Städte an einem gemeinsamen Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen in Anregung gebracht. Es ist ein Beitrag von 1 Prozent der Einwohnerzahl jeder Stadt in Aussicht genommen. Der Magistrat hat beschlossen, daß auch die hiesige Stadt an dem Geschenk sich beteiligt; doch will derselbe anregen, daß das Geschenk möglichst in Gestalt einer Stiftung dargebracht werden möchte, deren Zinsenertrag der Wohlfahrt des Volkes dienen könnte, zumal auch angenommen wird, daß ein solches Geschenk mehr dem Willen des Kronprinzen entsprechen dürfte. Die Stadtverordneten traten einstimmig den Beschlüsse des Magistrats bei. — Wenn auch nicht abzustreiten ist, daß diese Behandlung einer Spende von der in allen andern Städten geübten sehr vorteilhaft absticht, so ist doch nicht recht klar, warum die Stadtvertretung, wenn sie das Bedürfnis und die Mittel zu „Wohlfahrtseinrichtungen" für das Volk haben, dieselben nicht selbst in die Hand nehmen. Warum in aller Welt braucht's denn dazu einen besonderen Namen der Stiftung? Wer Gutes tut, um des Guten willen, der findet dazu immer Gelegenheit.

Cangerhausen. Auf die Erwiderung des Herrn Schneider in der Beilage des Volksblattes Nr. 280 schreibt unser Gewährsmann, daß der Bericht so gegeben ist, wie ihn der betreffende Kollege in einer Sitzung des Gewerschaftskartells gegeben hat, infolgedessen ist nichts zurückzunehmen. Der Entlassene führte wegen seiner Sehkraft an, wenn ihm Herr Schneider den Beweis bringen könnte, daß er etwas verdorben hätte, so wäre es noch was anderes, aber das wäre bis jetzt nicht der Fall gewesen. Die Erkundigung über die Verbandszugehörigkeit ist dahin richtiggestellen, daß der Maschinenmeister doch mit dem Prokuristen, Herrn Fiedler, über die Sache gesprochen hat, angeblich im Setzersaal. Von einem Zeugnis ist überhaupt nicht die Rede gewesen. In der Kündigung, welche uns geschrieben vorlag, heißt es, daß Herr Schneider ihm behilflich sein wollte betreffs seines späteren Vorkommens. Wenn der Kollege nicht fähig war, eine solche Stelle zu bekleiden, so kann er es doch wo anders auch nicht. Für die Kurzsichtigkeit sind doch Brillen zu haben, denn es gibt ja so viele Leute, die kurzsichtig sind, und beleiden doch ganz verantwortliche Posten.

Prettin a. Elbe. (Eig. Ber.) Neues von der Schuh- und Pantoffelfabrik von Markwart u. Pippe. Den Arbeitern, welche so harmonisch mit ihren Arbeitgebern Feste feiern, wird jede Woche ein bestimmter Teil ihres Lohnes zurückbehalten, damit, wenn ihnen der horrende Lohn und die gute Behandlung durch ihre Meister nicht mehr gefällt, sie nicht ohne weiteres der Fabrik den Rücken kehren können. Eine Arbeiterin, welche trotzdem weggelaufen ist, wird sich vor Gericht zu verantworten haben. Man darf auf den Ausgang dieser Sache gespannt sein. Wie wir in den letzten Tagen erfahren konnten, wollen sich ein Teil dieser Arbeiter dem Schuhmacher-Verbande anschließen. Wir wollen diesen Plan, wenn er zur Ausführung kommt, mit Freuden begrüßen.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Der in Wittenberg ins Gerhardstift eingelieferte Verletzte ist ein Gymnasiast, der in der Schule nicht recht vorwärts kommen konnte und deshalb wohl einen Selbstmordversuch unternehm. — In Torgau verunglückt ist bei den Erdarbeiten bei Lünette Werdau der Arbeiter Steinberg, der durch zusammenstürzende Erdmassen einen Beinbruch erlitt. — Der Sohn des Tischlermeisters Ogkler in Klein-Zerbst, welcher infolge eines Unglücksfalles beim Turnen vom Militär entlassen und auf ein Jahr zurückgestellt wurde, verübte in der ersten Nacht nach seiner Wiederkehr Selbstmord, indem er sich im Bienenhause seines Vaters erhängte. — In Meuselwitz (S.-A.) hat sich der ehemalige Kaufmann, jetzige Agent Schneider erhängt. — Auf dem Zirkelischacht erlitt der Hauer Franz Richter aus Klostermansfeld durch niedergehendes Gestein Verletzungen, die seine sofortige Aufnahme im Knappschafts-Krankenhause zu Gisleben notwendig machten. — Die Leiche des erhängten Hilfspredigers Wolf wurde von Ilversgehofen nach seiner Heimat, nach Leimungen bei Sangerhausen, zur Bestattung gebracht. Ob man den Mann auch in die „arme Sünderecke", wie armselige Selbstmörder, betten wird?

Gesundheitspflege.

Zucker als wärmespendende Nahrung, so lautet ein neues Reklamewort, das, unermüdlich wiederholt, zur Erhöhung des Zuckerverbrauchs beitragen soll. Soweit sich diese Empfehlung auf den weißen Rübenzucker bezieht, ist sie nur sehr bedingt richtig. In der Form des raffinierten Zuckers wirkt derselbe unzweifelhaft als Reizmittel, wenn er nicht sehr mäßig genossen wird. Die Schleimhäute des Mundes, Magens und Darmes leiden darunter, wie ja jeder schon an sich nach dem Genuß süßer Konditorwaren beobachtet hat. Magenverstimmungen, Darmstörungen, schlechter Geschmack im Munde, Durstgefühl sind die Folgen jener Reizwirkungen. Wertvoll dagegen ist der Zucker für uns, wenn wir ihn in den Früchten genießen. Hier ist er noch in Verbindung mit aromatischen Fruchtsäuren und den sogenannten Nährsalzen, das sind erdige, für unsern Stoffwechsel unentbehrliche Stoffe. In dieser Verbindung trägt er ungemein zu guter Ernährung bei und reizt auch nicht. In der kalten Jahreszeit sind es besonders die zuckerreichen getrockneten Pflaumen, Rosinen, Datteln, Feigen, deren wärmespendende Nährkraft man nützen sollte. Man mache die Probe bei Kindern und gebe ihnen natursüße Früchte an Stelle der verzuckerten Konfekte ꝛc.

Versammlungsberichte.

Fachverein der Zimmerer.

In der Mitglieder-Versammlung am 26. November wurde die Konstruktionslehre fortgesetzt. Zu wünschen ist, daß sich noch mehr Zimmerer daran beteiligen, da jedem Gelegenheit gegeben ist, sich auszubilden. Ferner wurde beschlossen, den Berliner ausgesperrten Tischlern und Musikinstrumentenarbeitern 200 M. Unterstützung zu senden. Die Mitglieder werden auch ersucht, die Rabattmarken aus den Eisenzeitschriften abzuliefern; dazu wurde Hampel und Schulze gewählt. Hierauf kamen nochmals die Mißstände auf Bauten zur Sprache, die Zimmerer im Baugeschäft von Jänicke machen nur eine halbe Stunde Mittag; die Betreffenden mögen doch bedenken, daß es im Winter Arbeitslose gibt, die gern bereit sind, für ihre Familie Brot zu verdienen. (Eingeg. am 28. Nov.) K. H.

Sozialdemokratischer Verein Merseburg.

Am Sonntag, den 27. d. Mts., fand in der Funkenburg unsere Mitglieder-Versammlung statt. Genosse Hesse hob hervor, erstattete die Abrechnung vom 3. Quartal. Genosse Berndt als Revisor erklärt, daß sämtliche Belege geprüft und für richtig befunden sind und stellt den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was einstimmig angenommen wurde. In längeren Ausführungen spricht Genosse Mittag über den demnächst stattfindenden Parteitag für Preußen. Am Schlusse seiner Rede stellt der Referent den Antrag: Die Kreisleitung zu beauftragen, in kurzer Zeit Stellung zur Beschickung des preußischen Parteitages zu nehmen. Zur Anstellung eines Parteisekretärs entspann sich eine längere Diskussion, in welcher die Genossen Nienecker und Berndt der Ansicht sind, einen Parteisekretär anstellen zu können, da in der Agitation noch viel zu wünschen übrig bliebe, aber die Hauptsache spielten die Geldfragen. Genosse Nienecker konstatiert, daß im vorigen Jahre nur 5000 Mark an die Hauptkasse abgeliefert seien. Genosse Berndt stellt ferner den Antrag: Die Versammlung ist mit der Anstellung eines Parteisekretärs im Prinzip einverstanden; das Projekt sei aber nicht gut in der Praxis durchführbar, was von der Versammlung einstimmig anerkannt wurde. Unter Vereinsangelegenheiten wurden die Ausführungen in der Sitzung zu Halle wiedergegeben, und der Ausschuß Raths einer nochmaligen Kritik unterzogen. Infolgedessen verlieh Genosse Müller eine Resolution, welche sich gegen die Beschlüsse des Kreisvereinsvorstandes, sowie die öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses durch die Agitations-Kommission wendet. Die Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenenthaltungen angenommen. Ferner weist die Parteileitung unseres Distrikts ganz energisch die Unterstellung zurück, daß verschiedene Maßnahmen durchaus nicht einwandfrei und deshalb zu mißbilligen seien. (Eingeg. 29. Nov.) H. W.

Sozialdemokratischer Verein Altranstädt.

Sonntag, den 27. November, fand im Vereinszimmer zu Altranstädt die erste Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, Distrikt Altranstädt, statt, welche stark besucht war. Ueber die Stellungnahme zum preußischen Parteitag in Berlin referierte Genosse Bretschneider. Es wurde beschlossen, denselben zu beschicken und zur Deckung der Delegationskosten eine Extra-Marke von 10 Pf. pro Mitglied auszugeben. Auch wurde empfohlen, daß die Wahl der Delegierten in einer Kreisvertretersitzung stattfinden möchte. Mit der Anstellung eines Bezirks-Sekretärs für den Regierungsbezirk Merseburg ist man im Prinzip einverstanden. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die Kritik der Mitglieder-Versammlung des Distrikts Dürrenberg betreffs der Anerkennung des Genossen Bretschneider auf dem Bezirkstag in Halle, daß der Konsumverein Merseburg das Schmerzenskind der politischen Bewegung sei. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitglieder-Versammlung des Distrikts Altranstädt erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Bretschneider auf dem Bezirkstag in Halle vollständig einverstanden, daß der Konsumverein Merseburg das Schmerzenskind unserer politischen Bewegung ist, nicht nur in Merseburg, sondern auch in Dürrenberg und seit neuerer Zeit auch in Lützen. Was die einstimmige Annahme der scharfen Protest-Resolution gegen Bretschneider betrifft, so erklären wir, daß die Anwesenheit von 4 Mitgliedern keine Versammlung darstellt; eine solche Einstimmigkeit ist nicht weit her."

Des weiteren wurde beschlossen, Sonntag, den 11. Dezember eine öffentliche Volks-Versammlung im Gasthof Klein-Lehna abzuhalten, in welcher der Genosse Dr. Lentsch-Leipzig einen Vortrag über den russisch-japanischen Krieg halten soll. Um ein volles Haus zu erzielen, soll ein von Genossen Bretschneider ausgearbeitetes Flugblatt im ganzen Distrikt verbreitet werden. Hierauf erfolgte die Wahl der Tourenführer, es wurden gewählt für Altranstädt Wenzel, Schladebach Zeidler, Lehna Engelhardt, Döhlen Treisch, Hohenlohe Böhme, Oetzsch, Beyer und Frenburg Bretschneider. Als Revisor wurde der Genosse Erw. Pfeifer gewählt. Nach der Mitteilung, daß die nächste Mitglieder-Versammlung am 18. Dezember in Klein-Lehna stattfindet, wurde sie gegen 6 Uhr geschlossen, mit dem Wunsche des Vorsitzenden, die Genossen möchten alle Versammlungen so zahlreich besuchen. (Eingeg. 30. November.)

Eingesandt.

In Anbetracht der Ueberhandnahme der Verrichtung von Stukkateurarbeiten auf Bauten von Maurern in Halle sehen wir uns veranlaßt, diese Mißstände in der Presse zu besprechen. Das ist von unserer Seite aus schon verschiedene Male geschehen, aber Hand in Hand mit den Maurern zu arbeiten, ist fast unmöglich. So wurde unser Vorstand durch einen Versammlungsbericht der Maurer aufmerksam gemacht, wenn derartige Fälle ihm bekannt würden, solle er sie sofort dem Vorstand der Maurer unterbreiten. Dieses ist nun von uns dem Genossen Seifert mitgeteilt worden. Erinnert sei noch, daß, als die Kommissionen beiderseits eine Sitzung hatten, beschlossen wurde, inwendige Stukkarbeiten gehören dem Stukkateur. Wenn nun ein Maurer, der solche Arbeiten verrichtet, nicht den tarifmäßigen Lohn bekommt, wie ein Stukkateur ihn fordert, so soll dies sofort dem Vorstand der Maurer mitgeteilt werden. Wie schon erwähnt, ist selbiges geschehen, leider ohne Erfolg. Sogar zwei Kommissions-Mitglieder, welche bei der betreffenden Beratung anwesend waren, machten schon wenige Tage darauf Arbeiten, die uns Stukkateuren zukommen. Wir waren tatsächlich gezwungen, dieses öffentlich bekannt zu geben, denn von 33 organisierten Stukkateuren hier am Platze sind meistens Familienvätern mußten 14 Mann abreisen, 8 Mann sind hier am Platze arbeitslos, zwei Mann mußten einen anderen Beruf einschlagen.

Sollten nun auch diese Zeilen nicht dazu beitragen, daß diese Schmutzkonkurrenz aufhört, so werden wir noch die Namen der Betreffenden, die uns direkt schädigen, veröffentlichen.

Die Filiale Halle
des Stukkateur-Verbandes.

Aus dem Reiche.

Swinemünde. Ein furchtbares Bootsunglück hat sich bei Swinemünde ereignet. In der Kaiserfahrt hängte sich ein Fischerboot mit 4 Mann an den Schleppzug des Dampfers Wilhelm Orth ohne Vorwissen des Kapitäns. Der Dampfer war in voller Fahrt; das Fischerboot kam unter den von dem Dampfer geschleppten Kahn und kenterte. Es ertranken dabei 3 Schiffer.

Bochum. Eine aus drei Personen bestehende Falschmünzerbande, die Fünfmarkstücke nachgemacht hatte, wurde verhaftet.

Aachen. Hier und in der Umgegend wurden gestern früh 7¼ Uhr mehrere leichte Erdstöße verspürt; auch in einzelnen Eifelorten machten Erdbewegungen sich bemerkbar.

Vermischtes.

* **Vergifteter Schnaps.** In Kotelevi bei Kiew erkrankten bei einer Hochzeitsfeier 20 Personen durch den Genuß von vergiftetem Schnaps. Sämtliche 20 Personen sind unter furchtbaren Schmerzen gestorben.

Völlig enterbt wurde unsere Parteigenossin Lily Braun von ihrer kürzlich verstorbenen Tante, der reich begüterten Freifrau Klothilde v. Herrmann in Augsburg, einer Schwester des Generals v. Kretschmann, weil sie „in Wort und Schrift der Umsturzpartei dient".

Der Kaiser der Sahara wird seiner Herrscherwürde nicht froh. Jetzt haben zwei seiner Beamten gegen ihn eine gerichtliche Klage angestrengt. Beide fordern rückständige Gehälter, außerdem fordert einer derselben, ein Ingenieur, Vorschüsse für eine Studienreise nach Las Palmas, für welche er 20 000 Frcs. ausgegeben hat. Die Kläger haben die Einkünfte aus den Liegenschaften Lebaudys in Paris u. s. w. mit Beschlag belegen lassen. Die von Lebaudys beantragte Aufhebung dieser Pfändung ist vom Gericht abgelehnt worden.

Letzte Nachrichten.

Essen, 1. Dez. Die im Gelsenkirchner Prozeß Verurteilten haben sämtlich Revision angemeldet.

Lübeck, 1. Dez. Eine Lotteriegemeinschaft zwischen Lübeck, Mecklenburg und Preußen ist gebildet worden, wonach die Lübecker und die Mecklenburger Lotterien eingehen und in beiden Staaten Einnahmestellen der preußischen Lotterie errichtet werden.

Kiel, 1. Dezember. Der Feuermeistermaat Willich von der Werftdivision wurde vom Kriegsgericht wegen Bestechung von Beamten einer bewaffneten Macht degradiert und zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Saarbrücken, 1. Dezember. Der Brand der Grube Luisenthal dauert fort. Die Wasserzuführung wird fortgesetzt. Im Fettkohlenschacht fanden weitere Wetterexplosionen statt. Der benachbarte Albertschacht feiert, die übrigen Schächte arbeiten jedoch weiter.

Trier, 1. Dezember. Ein Feuer äscherte im Dorfe Merl 5 Wohngebäude ein.

Wien, 1. Dezember. Wenn Deutschland den Handelsvertrag mit Oestreich zum Jahresschluß kündigt, wird die östreichisch-ungarische Monarchie voraussichtlich alle bestehenden Verträge insbesondere die Handelsverträge mit Rußland, den Balkanländern und der Schweiz ebenfalls zu diesem Termin kündigen.

Czenstochau, 1. Dez. Die Aerzte, die den durch ein Attentat schwer verwundeten Polizeimeister Nehrlich behandeln, erhielten anonyme Drohbriefe, so daß sie die Behandlung aufgegeben haben. Der Schwerverletzte mußte nach Warschau ins Militärkrankenhaus zur Behandlung überführt werden.

Rom, 1. Dezember. Die sämtlichen Eisenbahner hielten eine Versammlung ab und nahmen eine Tagesordnung an, wonach sie, gemäß dem Beschluß des Eisenbahnerkongresses, eine weitere Verschleppung der Verbesserung ihrer Lage oder die angedrohte Verkümmerung ihres Streikrechts mit dem Streik beantworten wollen.

Petersburg, 1. Dez. Seit der Beschlußfassung der Delegierten der Semstwos finden fortgesetzt Versammlungen statt, worin die Errichtung einer Konstitution verlangt wird. Andererseits finden aber auch Versammlungen statt, in denen diese Strömung bekämpft wird, so solche des Reichsrats, der Adelsmarschälle, ferner von 45 hohen Beamten, die eine Petition an den Zaren richteten, in der sie bitten, die Konstitution zu verweigern. Ferner nahm in Moskau der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einen Beschluß an, die Bürgermeister aller russischen Städte zu einer großen Versammlung einzuberufen.

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Barbiergehilfen. Sie schreiben uns — wohlweislich unter dem Deckmantel der Anonymität —: „Wenn Sie von solchen Leuten wie dem Barbier Martin Eingesandts annehmen, oder unterzeichnen lassen, legen Sie entschieden keine Ehre ein. Solche Existenzen erkennen wir nicht als Kollegen an." Hängt denn die Wirkung eines Aufrufs nun gerade davon ab, wer ihn unterzeichnet? Martin hat uns im Auftrage der Barbier-Organisation das Eingesandt übergeben, und wir hatten kein Recht, den Aufruf zurückzuweisen. Ist es Ihnen wirklich um Besserung der Zustände im Barbiergewerbe zu tun, dann treten Sie Ihrer Organisation bei und Sie sind dann im stande, auch diese Frage zu regeln.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Stid, Steinweg 2), 30. November.

Aufgeboten: Bäcker Weinhage und Minna Emmrich (Mühlgasse 1 und Dorotheenstr. 6). Rangierer Bruchmann und Agnes Deparade (Kuhgasse 10 und Rathausstr. 15). Tapezierer Storch und Martha Koelling (Mittelstr. 9 und Grafeweg 1). Koch Meßnert und Melanie Mohr (Dresden und Pirna).

Eheschließungen: Arbeiter Müller und Emilie Steinfelder (Südstraße 22). Eisendreher Engelhardt und Anna Geiling (Hirtenstr. 8).

Geboren: Assessor Künstler S. (Lindenstr. 81). Schaffner Götze T. (Pfännerhöhe 29). Arbeiter Mar S. (Kl. Klausstr. 1). Arbeiter Petzold S. (Hirtenstr. 10). Schmied Lohrengel T. (Ludwigstr. 45). Arbeiter Schmidt T. (Schlosserstr. 2). Arbeiter Knöchel S. (Klinik). Arbeiter Fischer T. (Klinik). Kaufmann Meyer S. (Gr. Steinstr. 32). Arbeiter Walter S. (Gaffnerstraße 33).

Gestorben: Wärter Schulz, 44 J. (Bergmannstrost). Witwe Frey, 84 J. (Weingärten 35). Rentier Herbst, 64 J. (Augustastraße 11). Schneidermeisters Büttig S., 1 J. (Sternstr. 2). Bahnwärter Golz, 49 J. (Klinik). Schaffners Meyer T., 2 Mon. (Freiimfelderstr. 10). Schuhmacher Mauwald, 36 J. (Dorotheenstraße 4). Bergarbeiter Griebel, 38 J. (Bergmannstrost).

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Die Genossen der einzelnen Distrikte werden ersucht, sofort Stellung zu nehmen zur Beschickung des Parteitages für Preußen, welcher am 28. Dezember in Berlin zusammentritt. Der Vorstand befürwortet die Entsendung eines Delegierten und bittet um baldmögliche Nachricht.

Desgleichen ist uns das Resultat der Debatten über die Anstellung eines Parteibeamten für den Regierungsbezirk Merseburg anzuzeigen.

J. A.: Konrad Müller, Vorsitzender.

An die geehrten Abonnenten von Bitterfeld und Holzweißig.

Da in letzter Zeit Klagen laut geworden sind über die Zustellung der Zeitung, auch deshalb schon Abonnenten abgegangen sind, sei hiermit bekanntgegeben: Daß die Zeitungskommission, bestehend aus den Genossen:

Hackert, Schneider, Jeßnitzerstraße 2
Panzner, Dachdecker, Rathausstraße 43
Zieger, Tischler, Kaiserstraße 24

alle Beschwerden entgegennehmen und für Abhilfe sorgen wird.

Außerdem ist im Restaurant Hohenzollern ein Beschwerdekasten angebracht worden. Mögen die geehrten Abonnenten hiervon Kenntnis nehmen, damit weiteren Klagen sofort abgeholfen werden kann.

Die Zeitungskommission:
Hackert, Vorsitzender.

Quittung.

Für Parteizwecke: Einer von den Alten 3,— Mk.
Gerig. Schmidt.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041202-18/fragment/page=0007

Für

Weihnachts-Geschenke

empfehle ich als ganz außergewöhnlich billig große Posten

Hauskleiderstoffe, doppeltbreit Meter 48, 35, **20** Pfg.
Halbtuche Meter 52, 45, **30** Pfg.
Neuheiten, reine Wolle, glatt und gemustert Meter 85, 70, **48** Pfg.
Fantasiestoffe Meter 120, 90, **75** Pfg.
Hochfeine Neuheiten Meter 3, 2.50, 1.80, **1.25** Mk.
Velours, waschechte Qualitäten Meter 55, 40, 32, **25** Pfg

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

M. Schneider,

Halle a. S., Leipzigerstrasse 94.

Sattler.

Am Sonntag den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr im Englischen Hof, Großer Berlin:

öffentl. Sattlerversammlung.

Tagesordnung:
Welche Befugnisse haben die Gesellen-Ausschüsse in den Zwangsinnungen? Referent: Arbeitersekretär **Goldenberg.**
Der Vorstand der hiesigen Zwangsinnung ist hierzu schriftlich eingeladen.
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Konsumver. zu Merseburg u. Umg.

Die Auszahlung der Dividenden erfolgt für **Merseburg** Sonntag den 4. Dezember von vormittags ½10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im **Hauptgeschäft an der Geisel.** Für **Baldin** Sonntag den 11. Dezember von früh ½8 Uhr bis 12 Uhr im **Geschäftslokal in Baldin.** Für **Lützen** ebenfalls Sonntag den 11. Dezember von nachmittags 2 Uhr an im **Gasthof zu Ragwitz** und für **Kötzschau** Sonntag den 18. Dezember von nachmittags 1 Uhr an im **Geschäftslokal daselbst.** **Der Vorstand.**

Konsumverein zu Zeitz

E. G. m. b. H.

Die **Rückvergütungen** werden im Kontor **Neumarkt 7** von früh **8 Uhr** bis abends **6 Uhr** ausgezahlt wie folgt:

Montag den 5. Dezember	von Nummer	1	bis Nummer	250
Dienstag den 6. Dezember	„ „	251	„ „	500
Mittwoch den 7. Dezember	„ „	501	„ „	750
Donnerstag den 8. Dezember	„ „	751	„ „	1000
Freitag den 9. Dezember	„ „	1001	„ „	1250
Sonnabend den 10. Dezember	„ „	1251	und darüber,	

für **Droyssig und Umgeg.:** **Dienstag den 13. Dezember,**
für **Predel und Umgeg.:** **Mittwoch den 14. Dezember,**
für **Crossen und Umgeg.:** **Donnerstag den 15. Dezbr.**

Legitimationsbücher, Kontobücher und Quittungen sind mitzubringen.
Der Vorstand.

Meinen werten Gästen hierdurch zur Kenntnis, daß ich am heutigen Tage mein

Restaurant Böllbergerweg 23

an Herrn **Wilh. Weinrich** verkauft habe und bitte, das mir entgegengebrachte Vertrauen auch meinem Nachfolger entgegenbringen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Max Stefskal.

Hier anschließend, werde ich versuchen, meine mich beehrenden Gäste in allen was Speisen und Getränke sowie gemütliche Unterhaltung u. s. w. betrifft, jeden zufrieden zu stellen und bitte, mich in meinem Unternehmen durch werten Besuch unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll

Wilhelm Weinrich,

Böllbergerweg 23.

Kanarien-Ausstellung

vom 3. bis 5. Dezember im Restaurant „Giskeller", Nikolaistraße veranstaltet vom **Kanarienzüchter-Verein Halle und Giebichensteiner Kanarienzüchter-Verein.**

Zur Ausstellung gelangen ca. 200 Stück Vögel von Mitgliedern beider Vereine, sowie Exoten, Futterartikel und zur Zucht gehörige Utensilien. Außerdem kommen zur Ausstellung größere Schmetterlingssammlungen, sowie eine Kollektion noch nie gezeigter Raritäten.
Das Komitee.

P. P.

Einem geehrten Publikum von Stadt und Land die ergebenste Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage, **Brühl 17, Ecke der Stefanstr.,** ein

Zigarren- und Zigaretten-Geschäft

errichtet habe. Mit der Bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen zeichne achtungsvoll **Ernst Krause.**

Zeitz, den 1. Dezember 1904.
Zigarren und Zigaretten in allen Preislagen, Rauch- und Kautabake. D. O.

Soeben erschienen:

Moderne Landsknechte

Heft I
von Ernst Päunig.

Erzählung aus dem Kolonial-Soldatenleben.
Erscheint in vier Lieferungen à **20** Pf., broschiert **80** Pf., elegant gebunden **1.25** Mk.
Das Buch eignet sich besonders als **Weihnachtsgeschenk,** auch für die reifere Jugend.
Auch alle Expeditionen und Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Geiststraße 21.

Wandkarte der Provinz Sachsen.

Ein Hilfsmittel, um die geographische Ausdehnung der Verwaltungskreise genau festzustellen, ist sie besonders für Orts- und Kreisvertrauensmänner unentbehrlich.
Größe: Ein Quadratmeter. Sehr gut gearbeitet.
Für die Abonnenten des Volksblattes Preis 1 Mark.
Nach außerhalb inkl. Porto und Verpackung **1.35 Mark.**
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Gelegenheitskauf!

2 Gebett Federbetten a 15 M.
2 Gebett Federbetten a 28 Mk.
2 prachtv. Nähmaschinen, neu, nur 45 Mk. 5 Jahre Garantie!
Neue Kleiderschränke 20 M.
Neue Vertikows 35 M.
Neue Tische 8½ M.
Neue Stühle 2½ M.
Neue Spiegel 3½ M.
Neue Bettstellen 10 M.
Neue Matratzen 8 M.
Neue Sophas von 30 Mark an.
Neue Plüschsophas v. 45 M. an.
Kommoden, Waschtische.
Plüschgarnituren, Lutherstühle, Küchenmöbel staunend billig.

Sieg m. Rosenberg

Geiststr. 21, I. Tr.

Fischhalle Germania

Steinweg 52

empfiehlt täglich frische u. geräucherte Fische, Marinaden, Gemüse-Konserven, Südfrüchte, Vollheringe 5 Pf., 7½ Pf. und rein milchener 9 Pf. per Stück.
Heute und morgen: **frischen**
Schellfisch
Kabliau
Seelachs
Rotzangen
Sprotten
Grüne Heringe
billigst.

Max Kühnel,
Steinweg 52.

Fest-Offerte.

Rosinen, Pfd. 18, 25, 30, 40, 50 u. 60 Pf. **Sultaninen,** Pfd. 40, 55, 60 u. 75 Pf. **Korinthen,** Pfd. 25, 30 u. 40 Pf. **Mandeln,** süße, 100, 110 u. 125 Pf. **Mandeln,** bittere, 120 Pf. **Back-Margarine,** Pfd. 55, 60, 70 u. 80 Pf. **Reine bayr. Schmelzbutter,** Pfd. 155 Pf. **Zitronat,** Pfd. 75 u. 85 Pf. **Gem. Zucker,** Pfd. 22 Pf. **Raffinade,** Pfd. 25 Pf. **Puderzucker,** Pfd. 35 Pf. **Vanille-Zucker,** Pfd. 60 Pf. **Wallnüsse,** Pfd. 26, 35 und 40 Pf. **Haselnüsse,** Pfd. 40 Pf.

A. Trautwein

Halle a. S.,
Gr. Ulrichstraße 31.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Extra billig

300 gestr. Röcke, Hosen, Militär- und Eisenbahnmäntel, auch Zivilmäntel à 3, 4, 6, 7, 8 Mark u. s. w.
200 Militärtuchhandschuhe à Paar 25 Pf.
200 **getrag., noch gut erhaltene** Winterüberzieher, Anzüge u. s. w. à 3, 4, 6, 8 M. u. s. w.
Halb u. Langstiefeln, Schuhe neu u. getragen, spottbillig.
200 **neue, warm gefütterte Holzschuhe** 2- u. 3schnallig von 2½ Mark an
nur Schülerhof 1, Renner.

Restaur. zum Hasenberg

Brandenburgerstr. 1.
Empfehle schönes **Vereinszimmer,** 20 Personen fassend.
Tischgäste werden angenommen.
W. Hinze.

Gasthof Luckenau.

Sonntag den 4. Dezember

Ball

des **Radfahrer-Vereins „Frisch auf", Streckau,** verbunden m. **Kunst- und Reigenfahren,**
wozu mit Speisen und Getränken bestens aufwartet **Reinh. Herzog.**

Turnver. Germania, Hohenmölsen.
Sonntag den 4. Dez. abends 7 Uhr im Gasthof zur grünen Aue

Familienabend,

verbunden m. **Reigen- u. Pyramiden-Aufführungen.**
Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**

Krawatten.

die modernsten Formen, empfiehlt in reichhaltigster Auswahl.
Otto Blankenstein,
Obere Leipzigerstr. 36.

Eine sehr gut erhaltene

Laden-Einrichtung,

passend für Konsum, 1 Kastenregal enth. 70 Kästen, 3½ Meter lang, 1 Ladentisch m. Kasten 3½ Meter lang, 1 Geldschrank (bestes Fabrikat) verkauft billig
Friedr. Peileke,
Geiststr. 25.

Die größte Auswahl in
Baum-Behang,
Zuckerwaren,
Schokoladen,
bei bekannt billigsten Preisen.
ff. Pfefferkuchen
in bekannter Güte
empfiehlt
die **Honigkuchen-Fabrik**
von
C. Tornow Nachf.,
R. Schirmer,
Leipzigerstr. 82 und **Mansfelderstr. 43.**

Puppen-Perücken

von echtem Haar und unverwüstlicher Haltbarkeit schnell und billigst in dreierlei Frisuren.
Lager in Haar- und Flachs-Perücken.
Heinr. Krolow,
Friseur, Geiststraße 16
a. d. Adler-Apotheke, Neum.-Puppenkl.

Zur Aufklärung

bemerke, daß mir nicht gekündigt ist, sondern ich meine Stellung freiwillig aufgebe wegen Gehaltsdifferenzen.
Hermann Mehnert,
Lagerhalter des Konsumvereins für Merseburg und Umgegend, Filiale Lützen.

Verkaufe sofort mein neu erbautes **Hausgrundstück.**
Franz Schiertl. Stedten.

Gebr. **Gehrock-Anzug** u. versch. gebr. Kleidungsstücke bill. zu verkauf. Oppendorferstr. 4, II r., neb. d. Zentralankaufsstelle. Sonnab. 3—7, Sonnt. 9—12 Uhr.

Jakobstr. 44 Stube, K., K., einz. Stube sof. 1. Jan. zu verm.

Freitag
Schlachte-Fest.
J. Bause
Advokatenweg 30.

Freitag
Schlachtefest.
Fr. Peters
Blumenthalstraße 27.

Freitag
Schlachtefest.
B. Schernitz
Martinstraße 8.

Hausiegen,
Schachspiele
Bilderbücher,
Tuschkasten,
Portemonnaies,
Schnartfleieef,
Rechenmaschinen,
Schulbücher,
Poesie-Albums,
Schultornister,
Schultaschen,
Schieferkasten
Schieferspitzer,
Schreibhefte,
Federbüchsen
Bleistifte,
Malkasten
Zirkelkasten
Reißzeuge,
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung.
Geiststraße 21.

Ganz Halle

für 25 Pfg.

Winter-Ausgabe 1904/1905.
Ein Führer durch Halle und Umgegend.
Stadtplan, Plan des Zoolog. Gartens, Beräuhlungsplan des Stadt-Theaters, sämtliche Eisenbahn- u. Straßenbahn-Fahrpläne. Diverse Vorzugs-Bons.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Städte-Ordnung

der preußischen Monarchie.

Durch die Entscheidungen der höchsten ordentlichen Verwaltungsgerichtshöfe, Ausführungsanweisungen, Ministerialerlassen usw. erläutert.
Preis **2.50** Mk.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, sage ich auf diesem Wege allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, meinen herzlichsten Dank, auch seinen lieben Kollegen für das ehrenvolle Geleit, sowie meinen Mitarbeitern der Ehrlich'schen Schuhfabrik für die herzliche Teilnahme meinen aufrichtigsten Dank.
Wittwe Luise Rössler nebst Kindern.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, sagen allen herzlichen Dank für die Beweise der Liebe und Teilnahme
A. Lochner nebst Kindern.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und die herrliche Blumenspende bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres teuren Bruders, des Glasers
Emil Franke,
seinen werten Kollegen herzlichen Dank.
Die tieftrauernd. Hinterbliebenen.

Todesanzeige.

Ein Opfer seines Berufes wurde am Dienstag früh unser Kollge
Paul Rothe.
Sein junges Leben mußte der Brave im Alter von 22 Jahren lassen. Ehre seinem Andenken.
Deutscher Metallarbeiter-Verband Zeitz.
Das Begräbnis findet Sonnabend den 3. Dez. vorm. 9½ Uhr v. Jakob-Krankenhause in Leipzig statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041202-18/fragment/page=0008